

Freiheit in Sicherheit

Gerhard Schröder

Freiheit ist ein entscheidendes Wesens- und Lebens-
element der Demokratie. Sie ist die Voraussetzung
dafür, daß sich die Kräfte des Volkes wie des ein-
zelnen voll entfalten können. Freiheit und Menschen-
würde sind nach unserem Verständnis untrennbar.
Das deutsche Volk, das Unfreiheit erfahren hat und
in einem Teil unseres Vaterlandes weiter erfährt,
muß sich das immer wieder klar machen.

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muß
errungen und bewahrt werden. Dies gilt für die Frei-
heit nach außen und für die Freiheit im Inneren.
Freiheit kann nur gedeihen in Sicherheit – beides
gehört zusammen. Dessen sollten wir uns alle
bewußt sein, dies müssen wir uns immer wieder ein-
prägen.

Unsere Sicherheit nach außen, Sicherheit vor Angriff
und Bedrohung, war und wird gewährleistet durch
unsere Zugehörigkeit zur Nordatlantischen Verteidi-
gungsgemeinschaft und durch unsere aktive Mitwir-
kung in diesem Bündnis. Es ist für unsere Sicherheit
von entscheidender Bedeutung, daß die NATO stark
und funktionsfähig bleibt. Dazu gehört das Engage-
ment der Vereinigten Staaten im Bündnis, dazu
gehören aber auch wirksame Beiträge der euro-
päischen Vertragspartner zur gemeinsamen Verteidi-
gung. Es wäre gefährlich, würde die Notwendigkeit
dieser Leistungen verkannt. Die Bundesrepublik
Deutschland in ihrer exponierten Lage muß alles
unterlassen, was dazu führen könnte, unseren Schutz
durch das westliche Bündnis zu beeinträchtigen.

**„Freiheit in Sicherheit“
lautet das Leitthema der Nord-West-Tagung des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die vom
10. bis 11. Dezember 1971 in Oldenburg stattfindet.
Das Programm finden Sie auf der nächsten Seite –
eine Anmeldekarte liegt dieser Evangelischen Ver-
antwortung bei.**

Aus dem Inhalt

	Seite
Freiheit in Sicherheit	1
Programm der EAK Nord-West-Tagung	2
Zum Problem des Rassismus Kurt J. Lauk	3
Die evangelische Kirche und die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland Reinhard Freese	5
Ein Jahr Hermann-Ehlers-Akademie Jürgen Schilling	7
Die politische Dimension der Liebe Heinz Weber	9
Aus unserer Arbeit	10
Leserbriefe	11
Anschriften der Evangelischen Akademien	12

Sicherheit nach außen braucht die Ergänzung durch
Sicherheit im Inneren. Dabei denke ich ebenso an
den Bereich der inneren Ordnung wie an den der
sozialen Sicherheit. In beiden Bereichen stehen wir
vor großen und oft schwierigen Aufgaben in dem
Bemühen, das rechte Maß von Freiheit und Sicher-
heit zu finden. Ohne Sicherheit geraten wir in
Gefahr, die Freiheit zu verlieren – ein Übermaß an
Sicherheitsvorkehrungen beeinträchtigt die Freiheit.
Wir sind beauftragt, dieses Spannungsverhältnis
fruchtbar zu machen.

Die Nord-West-Tagung des Evangelischen Arbeits-
kreises der CDU/CSU wird sich mit den Aufgaben,
vor die uns das Thema „Freiheit in Sicherheit“
stellt, intensiv beschäftigen. Ich hoffe, daß sie wich-
tige Beiträge zur Antwort auf diese uns alle bewe-
genden Fragen erarbeiten wird.

Tagungsprogramm

Freitag, 10. Dezember 1971

20.00 Uhr, Weser-Ems-Halle

Abendgespräch

Thema:

„Evangelische Christen fragen die CDU“

Gesprächsleitung:

Wilfried Hasselmann, MdL, Hannover

Teilnehmer:

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Hannover

Prof. Dr. Otto Dilschneider, Berlin

Dr. Alfred Gramsch, Oldenburg

Dr. Jürgen Gündisch, MdBü, Hamburg

Gerd Langguth, Bonn

anschließend

Empfang für alle Tagungsteilnehmer

Samstag, 11. Dezember 1971

10.00 Uhr, Weser-Ems-Halle

Plenum

Eröffnung:

Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bonn

Leitung:

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Hannover

Grußworte

Vorträge

„Freiheit in Sicherheit“

Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bonn

Dr. Richard von Weizsäcker, MdB, Bonn

mit anschließender Diskussion

13.00 Uhr

Pressekonferenz (besondere Einladung)

14.30 – 18.00 Uhr

Arbeitskreise, Weser-Ems-Halle

Arbeitskreis 1

Freiheit in Sicherheit –

Grundlage unserer Außenpolitik

Leitung:

Erik Blumenfeld, MdB, Hamburg

Teilnehmer:

Dr. Georg Kliesing, MdB, Bad Honnef

Gerhard Löwenthal, ZDF, Mainz

RA Peter Lorenz, MdA, Berlin

Dr. Kurt Naumann, Studienleiter,

Ev. Akademie Bad Boll

Peter Petersen, MdB, Leonberg

Dr. Gerhard Ritter, Privatdozent, Würzburg

Dr. Erika Wolf, MdB, Düsseldorf

Berichterstattung:

Dr. Heinrich Niewerth, MdL, Oldenburg

Arbeitskreis 2

Freiheit in Sicherheit –

Leitmotiv einer zielgerechten sozialen

Wirtschafts- und Agrarpolitik

Leitung:

Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB, Bremen

Teilnehmer:

Dr. Ernst Albrecht, MdL, Hannover

Dr. Eberhard Dall'Asta, Universitätsprofessor, Kiel

Dr. Karl-Heinz Narjes,

Minister für Wirtschaft und Verkehr, Kiel

Diedrich Schröder, Dipl.-Landwirt, MdB,

Wilhelminenhof

Hans-Jochen Spanhake, Oldenburg (Oldb.)

Dr. Gerhard Wachsmann, Oldenburg (Oldb.)

Berichterstattung:

Gerhard Glup, MdL, Thüle über Oldenburg

Samstag, 11. Dezember 1971, 19.30 Uhr

Öffentliches Forum

Leitung:

RA Gustav Bosselmann, MdL,

Schneverdingen (Niedersachsen)

Berichterstattung aus den Arbeitskreisen

Ansprachen

Kai Uwe von Hassel, MdB, Bonn, Präsident des Deutschen Bundestages

Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bonn

Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL, Kiel, Ministerpräsident

Tagungshinweise

Ort

Sämtliche Veranstaltungen der Nord-West-Tagung werden in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg (Oldb.) durchgeführt.

Tagungsbüro

Das Tagungsbüro befindet sich am Haupteingang der Weser-Ems-Halle und ist während der Tagung zu folgenden Zeiten geöffnet:

10. Dezember 1971: von 15.00 bis 22.00 Uhr

11. Dezember 1971: von 9.00 bis 22.00 Uhr

Telefonisch erreichen Sie das Tagungsbüro während dieser Zeiten unter der Ruf-Nr.: 3 20 53.

Parken

Parkplätze sind in ausreichender Zahl direkt bei der Weser-Ems-Halle vorhanden.

Zimmerreservierung

Falls Sie für Ihre Übernachtung in Oldenburg eine Zimmerreservierung wünschen, wird diese vom Verkehrsverein

Oldenburg durchgeführt. Wir bitten um Beachtung des entsprechenden Vermerks auf der Anmeldekarte. Die erforderlichen Reservierungsunterlagen erhalten Sie dann umgehend zugeschickt.

Presse

Ein Arbeitsraum für die Presse steht zur Verfügung.

Tagungsbeitrag

Der Tagungsbeitrag beträgt 5 DM.

Anmeldebestätigung

Diese erhalten Sie umgehend nach Eingang Ihrer Anmeldung zugesandt.

Sonstige Auskünfte

Die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 53 Bonn, Kaiserstraße 22, Ruf (0 22 21) 20 21 – wegen Ruf-Nr.-Umstellung evtl. noch (0 22 21) 65 29 31 –, steht Ihnen hierfür jederzeit zur Verfügung.

Zum Problem des Rassismus

Kurt J. Lauk

Die heutige Aktualität der Frage des Rassismus basiert auf der Tatsache eines erwachenden und sich öffentlich artikulierenden Selbstbewußtseins der „jungen“ Völker in Afrika, Amerika und Asien. Die Ablehnung der weißen Rasse als besondere, als auserwählte Rasse, als Herrenrasse ist die Folge. Die Forderung nach Recht auf Selbstbestimmung, nach Respektierung der Menschenrechte, nach Gerechtigkeit, nach Freiheit und Brüderlichkeit ist der Ausdruck davon. Diese Forderungen sind den Europäern schon lange bekannt. Bekannt aus ihrer eigenen Geschichte. Sie waren es, die als Folge der Aufklärung, der französischen Revolution und folgender Revolutionen (1830 und 1848) diese Forderungen auf ihr eigenes Schild hoben und mit bewaffneter und teilweise brutaler Gewalt dafür kämpften. Sie kämpften gegen ihre Unterdrückung und wirtschaftliche Niederhaltung durch eine geringe, auf Grund feudaler Strukturen herrschende Oberschicht. Ihre Forderungen waren für die Masse der Unterdrückten so attraktiv und so anziehend, daß durch ihre Gewalt die herrschende Oberschicht hinweggefegt wurde und eine neue Epoche der Geschichte begann. Es gibt wohl heute kaum einen Mitteleuropäer, der nicht auf diese hart erkämpften Werte stolz wäre und sie für sich wie selbstverständlich in Anspruch nimmt. Die Folge dieser Freiheit war eine rasche Entwicklung der technischen Fertigkeiten und Produktionsmethoden. Eine Überlegenheit im Bau z. B. von Schiffen und Waffen. Die Ausübung von Macht über andere, schwächere Völker griff immer weiter um sich. Deren andere Kultur wurde im Vergleich zu unserer als minderwertig und geringeren Ranges bezeichnet; die Menschen anderer Hautfarbe als Menschen minderer Qualität. Im Glauben an die eigene Überlegenheit gestaltete man die im Imperialismus neu gewonnene Welt nach den eigenen Vorstellungen und Maßstäben. Diese Gestaltung ging nicht ohne massive Gewaltanwendung ab. Die Folge war die Vorherrschaft der weißen Rasse und die Unterdrückung der schwarzen und andersfarbigen Rassen. Die Mitteleuropäer dachten kaum daran, ihre selbst noch nicht lange erworbenen Freiheiten an andere weiterzugeben, sondern sie nutzten sie gegen andere aus. Hierbei spielten Religion und Kirche oftmals eine sehr unglückliche Rolle. Aus der faktischen, technischen Überlegenheit wurde das Vorurteil geboren, einer überlegenen Rasse anzugehören, nach deren Maßstab die anderen nicht als vollwertige Menschen anzusehen seien. Dieser Standpunkt war für die Weißen sehr bequem und nützlich. Er brachte neben vielen anderen auch wirtschaftliche Vorteile, die zu Lasten der Unterdrückten gingen. Diese Unterdrückten wurden nicht als vollwertige Menschen angesehen und auch nicht als solche behandelt. Für ihre Andersartigkeit mußten sie „büßen“, mußten sie leiden und Verfolgung auf sich nehmen. So Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland während des

III. Reiches. So die Schwarzen in den Südstaaten der USA, in Südafrika, in Rhodesien, in Mozambique und Angola.

Lange Zeit mußten die nicht-weißen Völker die Unterdrückung hinnehmen. Sie faßten sie auf als gottgewollte Ordnung. Als eine natürliche Ordnung der Welt. Einer Welt, die von den Weißen gestaltet wird. So lehrte es auch vielfach die christliche Religion, die infolge der Eroberungen auch zu den „heidnischen“ Völkern kam, um ihnen den „rechten Glauben“ zu bringen. Abgesehen von der wirklichen Welt, wurde von einer anderen Welt gesprochen, in der man die Erfüllung findet, die hier nicht zu finden ist. (Ausdruck solcher Haltung und Stimmung sind so bekannte Negro Spirituals wie: „Wie shall overcome“ und „Nobody knows the trouble I have seen“.) Die Religion bzw. die Mission hatte so oftmals in den Augen dieser Völker die Funktion — daß sie sich dessen bewußt war, ist nicht anzunehmen — der Legitimation der Herrschaft der Weißen. (Am Beispiel von China läßt sich dies geschichtlich exemplarisch nachweisen.)

Nun wird seit einiger Zeit von den erwachenden Völkern, vom Aufkommen einer neuen Welt, nämlich der sogenannten „Dritten Welt“, geredet. Was nun drückt dieses Erwachen aus? Es ist ein Erwachen aus einer nicht selbst verschuldeten Unmündigkeit. Die nicht-weißen Völker haben entdeckt, was die Europäer seit der Aufklärung schon wußten, aber den anderen vorenthalten hatten: Das Wissen davon, daß zum Menschsein so etwas gehört wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Also alles das, was man heute unter den Menschenrechten versteht (vgl. die Erklärung der Menschenrechte in der UNO vom 10. Dezember 1948). Ferner wurde ihnen bewußt, daß auch sie Menschen waren und verlangten nun auch als solche behandelt zu werden. Oder, um mit James Baldwin zu sprechen, der es in einem Brief an Angela Davis (abgedruckt in: Die Zeit vom 15. Januar 1971) so formulierte: „Eine ganze, neue Generation von Menschen hat ihre Geschichte neu eingeschätzt, in sich aufgesogen und sich in einem ungeheuren Kraftakt davon befreit, um niemals wieder das Opfer zu sein. Das Geheimnis ist offen: wir sind auch Menschen.“

Dieses neue Bewußtsein von sich selbst veranlaßte sie nun zur Forderung nach Freiheit von Unterdrückung, nach Selbstbestimmung. Die Last der weißen Herrschaft wurde als Last empfunden, von der man sich befreien wollte. In Afrika und Asien wurde diese Forderung oftmals in Form der nationalen Selbstbestimmung erhoben. Diese Forderung war dazu geeignet, auch das betroffene Volk selbst zu eigener politischer Aktivität zu bewegen. Die Kolonialmächte waren nicht mehr länger in der Lage, die Länder in kolonialer Abhängigkeit zu halten, denn gegen sie

wurde mit ihren eigenen Waffen gekämpft. Die andersfarbigen Völker verlangten nun mit Recht, ihre eigene Welt selbst zu gestalten und sie nicht nur als gestaltete Welt hinzunehmen. Sehr schwer war und ist es für diese „jungen“ Völker, ihre Eigenständigkeit auch wirtschaftlich zu erlangen und zu behalten. Dies ist eine Folge ihres jahrzehntelangen kolonialen Status, denn es lag nicht im Interesse der Kolonialmächte, ihre Kolonien allseitig und zur Selbständigkeit hin zu entwickeln, sondern meist nur im Hinblick auf ihren eigenen Bedarf (z. B. Indien als Gewürzlieferant für England). Dies hatte fatale Folgen für die Entwicklung einer ausgewogenen Infrastruktur in diesen Ländern. Besonders negativ mußte sich dies bemerkbar machen nach ihrer politischen Unabhängigkeit, denn wirtschaftlich waren sie kaum in der Lage, auf eigenen Beinen zu stehen. Als Ausweg fand man eine Lösung, die heute als „Entwicklungshilfe“ bezeichnet wird. Aber auch diese Sache ist noch nicht ausgereift, denn die Verschuldung der sich entwickelnden Länder steigt und ihre Rückzahlungsfähigkeit ist bei weitem nicht ausreichend. Auch mußten für Entwicklungshilfe bislang nur kaum merkliche Opfer gebracht werden. Unser Wohlstand steigt trotz weltweiter Armut ständig, und dies trotz bzw. wegen der Entwicklungshilfe. Wir sollten alles tun, diese Diskrepanz zwischen arm und reich nicht weiter wachsen zu lassen. Es ist wohl nicht ganz zufällig, daß die Länder, die in überwiegender Mehrzahl von Weißen bewohnt sind, zu den reichen, die anderen zu den armen gehören. Wir sollten uns fürchten lernen vor dem langsam wachsenden „weißen Rassismus“, der nicht von Weißen ausgeübt, sondern gegen sie angewandt wird. Wir müssen zu merklichen Opfern bereit sein, denn lange genug hatten wir den Gewinn. Die Frage der Gerechtigkeit ist heute nicht mehr nur eine politische, sondern auch eine soziale Frage. Ist es denn sehr verwunderlich, wenn heute in den sogenannten Entwicklungsländern Gruppen auftreten, die sich mit bewaffneter Gewalt Gerechtigkeit zu verschaffen versuchen? Wie können wir uns heute anmaßen, für Gewaltlosigkeit zu plädieren, wenn sich Gewalt gegen den Zustand richtet, den Kolonialmächte selbst mit Gewalt geschaffen haben?

Es ist vielleicht nicht umsonst, daß die Rassismus-Diskussion, die bei uns in der Bundesrepublik am weitesten im Raum der Kirche betrieben worden ist, sich aufs engste verbunden hat mit der Frage der Gewalt und Revolution. Nochmals ist James Baldwin zu zitieren, der diesen Zusammenhang in seiner Aufsehen erregenden Rede auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates 1968 in Upsala folgendermaßen formuliert hat: „Black Power heißt in der Übersetzung die Selbstbestimmung des Menschen. Es heißt dies nicht mehr — aber auch nicht weniger. Doch es ist erstaunlich und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Christenheit, daß Black Power — die Verbindung des Wortes „Schwarz“ mit dem Wort „Gewalt“ — jedermann in Furcht versetzt, während niemand in der Christenheit durch die Ausübung und das Wesen von „White Power“ ernsthaft beunruhigt zu sein scheint.“ (Zitat aus: Ev. Kommentare, Nr. 8, 1968, Seite 449.)

Wir stehen nun vor der Frage, ob Menschlichkeit und Gewalt absolute Gegensätze sind, oder ob es denkbar ist, daß zum Mittel der Gewalt gegriffen wird, um Menschlichkeit zu erreichen? In diesem Zusammenhang muß auf den Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen hingewiesen werden, den dieser 1970 in Arnoldshain getroffen hat und der 1971 vom Zentralausschuß in Addis Abeba gebilligt worden ist: es soll ein Programm zur Bekämpfung des Rassismus aufgestellt werden und für diesen Zweck ist unter anderem auch Befreiungsfronten im südlichen Afrika humanitäre Hilfe zu leisten.

Dieser Beschluß schreckte die deutsche — besonders die kirchliche — Öffentlichkeit auf. Dies vor allem deshalb, weil dieser Beschluß am Ende einer langen innerkirchlichen Diskussion getroffen wurde, die in der Öffentlichkeit kaum beachtet, geschweige denn mitvollzogen wurde. Die heftige, negative Reaktion der Öffentlichkeit zeigte aber auch, daß hier ein wunder Punkt getroffen wurde, der weiter diskutiert werden muß. (Selbstverständlich geht es bei dieser Diskussion über die Frage der Gewalt nicht um jenen Unsinn von Gewaltanwendung, den radikale Gruppen von rechts und links in der BRD propagieren und praktizieren.) Denn auf der einen Seite sind wir sofort bereit, unsere Freiheit mit Waffengewalt zu verteidigen, auf der anderen Seite fordern wir Gewaltlosigkeit, wenn Schwarze in Südafrika, in Angola und Mosambique zu ihrer eigenen Befreiung von rassistischer Herrschaft zu Mitteln der Gewalt greifen. Hier deutet sich eine inkonsequente Haltung an, die dringend der Diskussion bedarf. Dies besonders deshalb, weil hier die Frage der Gewalt in der Verquickung mit dem Problem des Rassismus auftaucht. Aus Gründen der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen sollte es sich für jeden von uns verbieten, irgendeine Form des Rassismus gutzuheißen oder zu rechtfertigen. Die Konsequenz davon ist, daß man notfalls auch Gewalt gutheißen muß, die bewaffnet gegen eine rassistische Politik kämpft, nachdem sich andere Wege als nicht möglich herausgestellt haben. „Verantwortliches politisches Handeln in Liebe ist selbstlos bis zur Preisgabe der eigenen Unschuld, bis zum Schuldigwerden.“ (J. Moltmann, in: Ev. Kommentare, Nr. 5, 1971, Seite 256/7.)

So wird eine Stellungnahme zum Problem des Rassismus heute weitgehend entscheiden durch die Antwort auf die Frage der Gewalt. Wir alle sind hier zu einer Stellungnahme herausgefordert. Eine endgültige Stellungnahme wurde noch nicht bezogen. Wahrscheinlich deshalb, weil wir noch nicht in aller Schärfe in der BRD mit dem Problem des Rassismus konfrontiert worden sind, im Gegensatz beispielsweise zu den Amerikanern, die Gefahr laufen, an diesem Problem zu scheitern. Nicht zuletzt mit von dieser Frage hängt die Lösung der Aufgabe eines friedlichen Zusammenlebens aller Völker in dieser Welt ab.

Die evangelische Kirche und die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

Reinhard Freese

In Erweiterung der in der letzten Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ begonnenen Diskussion über die Probleme der Gastarbeiter in unserem Land veröffentlichen wir in diesem Heft einen Beitrag von Landeskirchenrat Dr. Reinhard Freese. In diesem Aufsatz werden Arbeit und Problemstellungen dargestellt, die sich für die Evangelischen Landeskirchen aus der Anwesenheit von über 2 Millionen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ergeben haben.

Da Wirtschaftler und Politiker die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer zum Zweck der Ausfüllung des Defizits an Arbeitskräften in der Bundesrepublik anfänglich als eine vorübergehende Maßnahme erklärten und auch von manchen Behörden zum Ausdruck gebracht wurde, daß diese Ausländer bald wieder das Gebiet der Bundesrepublik verlassen würden, erschien den Kirchen ein systematisches und koordiniertes Angehen der damit gegebenen Probleme zunächst nicht geboten. Die Landeskirchenämter wurden aber schon bald mit Anfragen aus den Gemeinden bedacht. Von unseren Gemeindepfarrern wurden Trauungen von Gemeindegliedern mit Ausländern erbeten. Vereinzelt wurde auch angefragt, ob den Kindern ausländischer Arbeitnehmer unsere Kindergärten geöffnet werden könnten. In der Seelsorge an den Familien, in die ein Ausländer hineingeheiratet hatte, mußte eine Fülle von Information über Leben und Lebensgewohnheit in dem fremden Land beschafft werden. Das Interesse der Jugend an dem Phänomen zeigte sich in spontanen Aktionsgruppen, die Begegnungen und gemeinsame Feiern organisierten.

Da nach einer Saison keineswegs die Ausländer abrückten, sondern in immer größeren Scharen auf den Straßen und an den Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen erschienen, setzten evangelistische Gruppen Arbeitsteams an, die Bibelteile in fremden Sprachen unter die ausländischen Arbeitnehmer brachten. Dabei stießen die Gemeinden auf evangelische Christen unter den Griechen, den Italienern (Waldenser) und den Spaniern. An einzelnen Orten kam es aus dieser Arbeit zur Gemeinschaftsbildung.

Es ist das Verdienst des Kirchlichen Außenamtes der EKd und seines Vizepräsidenten Dr. Stratenwerth, die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland frühzeitig als eine Dauererscheinung erkannt zu haben. Das Kirchliche Außenamt lud deshalb kirchliche Dienststellen, Vertreter der beteiligten Bundes- und Landesministerien und der Bundesarbeitsverwaltung zu regelmäßigen Tagungen in

Frankfurt ein. Dabei wurde nicht nur eine Abklärung gegensätzlicher Standpunkte für die kirchliche Arbeit gesucht, sondern die zweckmäßigste Form des Dienstes der Evangelischen Kirche an diesen Arbeitnehmern durch gegenseitige Information ermöglicht. Mit wachsender Einsicht in die Größe der Probleme dieses Arbeitsfeldes und mit größer werdender Sachkunde wurde das Bedürfnis zu ökumenischer Zusammenarbeit wach. Die jahrzehntelange ökumenische Gemeinschaft im Weltrat der Kirchen und schon vorher in den dahin führenden ökumenischen Organisationen hatte die Evangelischen Deutschlands mit den griechischen orthodoxen Christen in nähere Berührung gebracht. Als bekannt wurde, daß der ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Athenagoras, beabsichtige, in Westdeutschland für die zahlreich hier einströmenden Orthodoxen eine eigene Metropole zu errichten, wurde ihm seitens einer Verhandlungsdelegation der Evangelischen Kirche in Deutschland zugestanden, daß die griechisch-orthodoxen Christen unbeschadet ihrer eigenständigen geistlichen und jurisdiktionellen Organisation den diakonischen Dienst der Evangelischen Kirche erfahren sollten. Damit diese Zusage angesichts der Barriere von Sprache und Sitte nicht eine bloße Deklaration bliebe, entschlossen sich die Diakonischen Werke der Landeskirchen, den griechisch-orthodoxen Christen Sozialberater zu stellen und ihnen an Orten, wo es geboten und möglich erschien, Zentren für ihr Gemeinschaftsleben zur Verfügung zu stellen. Dieser Beratungsdienst erwies sich nach anfänglichen Experimenten als so fruchtbar, daß heute zum Beispiel in der Evangelischen Kirche von Westfalen auf 31 000 griechisch-orthodoxe Arbeitnehmer 13 Sozialberater kommen. Nachdem die Griechen mit ihrem hochentwickelten sozialen Sinn sich aus den anfänglichen Schwierigkeiten herausgetastet haben und eigene Gemeinschaftsformen, eigene Treffpunkte und sogar eine Versorgung mit heimatlichen Lebensmitteln organisiert haben, ist der Besuch einzelner Zentren für Clubarbeit zurückgegangen, andere wurden geschlossen.

Als Koordinationsstelle aller Fragen, die sich aus dem Aufbau der griechisch-orthodoxen Metropole ergaben, berief der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland einen Ausschuß aus Vertretern der beteiligten Landeskirchen und des Diakonischen Werkes unter Vorsitz von Bischof D. Eichele.

Eine besondere Rolle haben die Sozialämter der Evangelischen Kirchen gespielt. Sie sollten insbesondere die arbeits- und sozialrechtlichen Fragen der Ausländerbeschäftigung aufarbeiten und den Ausländern

Gelegenheit geben, sich zu äußern. Der verstorbene Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dr. Peter Heyde, hat diesen Bemühungen einen ökumenischen Rahmen gegeben durch seine intensive Mitarbeit in dem ökumenischen Ausschuß der Kirchen für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer in Westeuropa. Es hat sich auch in diesem Jahr bei einer Konsultation in Brighton/England erwiesen, daß der Austausch der Beobachtungen und Erfahrungen unter den Kirchen höchst notwendig ist. Wir haben erfahren, daß die Erscheinungen und Probleme der Beschäftigung von Ausländern in allen Staaten Europas äußerst verschieden sind, was Motivation betrifft, wie auch die gewonnene Einstellung von Behörden und Bevölkerungen zu den dadurch aufgeworfenen Problemen.

Nachdem sich die römisch-katholische Kirche entschlossen hat, weltweit an einem Sonntag, dem „dies migrationis“, ihre Gemeindeglieder auf das Problem der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Nationalwirtschaften zu lenken, ist auf evangelischer Seite durch den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland angeregt worden, durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit das Bewußtsein der evangelischen Gemeindeglieder zu formen. Mehrere Kirchenleitungen haben für ihr Gebiet diese Anregung aufgenommen und die in ihrem Gebiet bisher vorhandenen Initiativen durch Beschlüsse koordiniert und die vorhandenen Arbeitsstäbe ermutigt. Dabei geht es im Rahmen dieser Arbeit der Evangelischen Kirche vor allem um die Bildung von regionalen Arbeitskreisen mit allen beteiligten Dienststellen und Organisationen. Nachdem in verschiedenen Großstädten des Westens solche Arbeitskreise angefangen wurden, hat sich schon bald gezeigt, daß die ausländischen Arbeitnehmer gern bereit sind, im Rahmen dieser freien Vereinigungen mitzuarbeiten. Sie werden dadurch in den Stand gesetzt, ihre Bedürfnisse, aber auch ihre Klagen zu artikulieren. Sie gewinnen in diesen Arbeitskreisen sachkundige Helfer und Vertreter ihrer Anliegen.

In dieser Arbeit der Kirchen an den ausländischen Arbeitnehmern und mit ihnen haben sich zwei Kernprobleme herausgeschält, die nur gelöst werden können oder einer Lösung zugeführt werden können, wenn eine Vielzahl beteiligter Stellen zur Zusammenarbeit gebracht werden.

Es muß erstens auf Dauer genügend Wohnraum zur Aufnahme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik bereitgestellt werden, wenn nicht aus der jetzigen Situation unzureichender Unterbringung eines gewissen Teils der ausländischen Arbeitnehmer sich gefährliche und höchst unerwünschte Erscheinungen entwickeln sollen. Überhöhte Mietforderungen einzelner Hauswirte auf der einen Seite (Mietwucher) und Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer in durchaus unzureichenden, ja gänzlich vernachlässigten Wohnräumen und Häusern können in der Bundesrepublik zur Bildung von Slums führen. Darum ist vor allem nötig, daß die Poli-

tiker in Bund und Ländern die vertraglichen Bindungen der römischen Verträge (freie Arbeitsplatzwahl für die Arbeitnehmer im Bereich der EWG) und die Zusicherungen der Arbeitsverwaltungen an die in Südeuropa und in der Türkei angeworbenen Arbeitnehmer großzügig einlösen. Wir werden nicht um eine öffentliche Förderung dieser Sparte des Wohnungsbaues herumkommen. Dabei wird man ganze Häuserzeilen für diesen Zweck errichten müssen. Es hat sich in einzelnen Städten der Bundesrepublik zwar gezeigt, daß die umwohnende Bevölkerung heftig reagiert auf geschlossene Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer in ihrem Bereich. Hier müssen die Kirchengemeinden, aber auch andere in der Öffentlichkeit arbeitende Gruppen in der Bevölkerung das Bewußtsein stärken, daß wir für diese ausländischen Arbeitnehmer voll verantwortlich sind und sie in unsere Gemeinschaft aufzunehmen haben.

Das andere Problem ist die Beschulung ausländischer Kinder. Die jetzt von den Kultusministern getroffene Regelung einer Eingewöhnungsphase vor dem Übergang in die normale Grund- und Hauptschule für ausländische Kinder hat vor allem das Ziel, für die nächste Generation der ausländischen Arbeitnehmer die Sprachbarriere niedriger zu halten. Wir haben im Ruhrgebiet mit den seit 1875 einströmenden west- und ostpreußischen Arbeitnehmern mit polnischer Muttersprache positive Erfahrungen gemacht. Es handelt sich aber heute nicht nur um eine Sprachgruppe, sondern um viele, wobei sich aus einem Staat (Jugoslawien) mehrere Sprachgruppen rekrutieren. Frühzeitiges Erlernen der deutschen Sprache als der lingua franca in diesem Vielvölkersprachgewirr ist in der Tat die Voraussetzung für das gewünschte längere Verweilen in der Bundesrepublik. Die religiösen Institutionen der Ausländer werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß ihre Sonderart und die Beherrschung der Muttersprache in ihren Gruppen erhalten bleibt. Haben doch die französischen Einwanderer in der preußischen Monarchie ab 1685 bis vor dem 1. Weltkrieg für Gottesdienst und Unterricht der Jugend ihre französische Sprache beibehalten. In Berlin-Brandenburg existiert darum bis auf den heutigen Tag eine synodale Organisation der Französisch-Reformierten.

Doch hat der Erlaß der Kultusminister ein Ziel gesetzt, das nur unter Anspannung vieler Kräfte zu erreichen ist. Insbesondere ist für eine fruchtbare Gestaltung einer zwei- oder dreijährigen Förderstufe eine große Anzahl zweisprachiger Lehrer Voraussetzung. Sicherlich werden die Abgabeländer nicht die Vollzahl dieser erwünschten Lehrkräfte stellen können. Es muß deshalb schon bei den Studierenden der Pädagogik das Bewußtsein geweckt werden, daß es angemessen erscheint, für diese pädagogische Aufgabe gründliche Sprachkenntnisse des Griechischen oder Serbischen oder Kroatischen oder Türkischen zu erwerben. Dann wird es auch nicht zur Bildung einer Primitivsprache kommen, die unter Vermengung ausländischer und deutscher Worte unter Anpassung an die Sprechweise der Ausländer entsteht. Solche läppische, den Aus-

ländern als einen Tölpel charakterisierende Anrede nimmt ihm im öffentlichen Leben seine Würde.

Es bleibt noch von den Hemmungen zu sprechen, die sich der Lösung der anstehenden Kernprobleme in den Weg stellen. Wir sind gewohnt, auf Herausforderungen zunächst mit einer exakten Analyse des gegebenen Tatbestandes zu antworten. Dazu bedienen wir uns der Statistik. Bei dem heutigen Zustand unseres Meldewesens und insbesondere der dieses Meldewesen regelnden Gesetze und in der heutigen Fassung des Ausländergesetzes liegen erhebliche Einschränkungen für diese statistische Arbeit. So hat sich in vielen Städten der Bundesrepublik gezeigt, daß die Schulverwaltungen von den Kommunalverwaltungen keine exakten Zahlen über die Kinder ausländischer Arbeitnehmer im schulpflichtigen Alter erhalten konnten. Diese von der Kasseler Aktion 365 erhobene Tatsache macht aber auch erhebliche Schwierigkeiten bei der Planung des auf uns zukommenden Wohnungsbaues für ausländische Arbeitnehmer. Ist die Bewegung auf diesem Felde nicht klar zu überblicken, kann das Maß der anzusetzenden Organisation und Hilfe nur schwer abgeschätzt werden.

Das ist um so beklagenswerter, als durch die rasch aufeinanderfolgenden politischen Entscheidungen in Bonn im Sinne der europäischen Wirtschaftsgemein-

schaft ein gewisser Überhang von Möglichkeiten besteht, denen die Administration der Länder und der Kommunen bisher nicht hat nachkommen können.

Sorge muß auch das Nachbleiben der Bemühungen um sozialetische und individualetische Beurteilungen und Lösungen der anstehenden Fragen des Zusammenlebens ausländischer Arbeitnehmer mit der heimischen Bevölkerung bereiten.

Es ist zu hoffen, daß das Sozialetische Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bochum angesichts des starken Interesses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland an dem Problem ausländischer Arbeitnehmer nicht locker läßt, sich um solche ethische Grundlegung zu bemühen. Dabei geht es nicht nur um große wissenschaftliche Grundlegung, sondern zugleich um ganz handfeste katechismusartige Anrede an das evangelische Gemeindeglied, damit es auf die üblichen Fragen wie: Möchten Sie Ihre Tochter einem ausländischen Arbeitnehmer geben? und andere, eine klare Antwort geben kann.

Bei diesen Untersuchungen wird sich der eminent politische Charakter der Gesamterscheinung zeigen. Darum müssen die Politiker wachsam sein, daß ihnen nicht unter dem Vorgeben, hier ginge es um rein wirtschaftliche Vorgänge, die rechtzeitige Planung und Verwirklichung von Lösungen aus der Hand genommen wird.

Ein Jahr Hermann-Ehlers-Akademie

Jürgen Schilling

Als im Jahre 1968 die Hermann-Ehlers-Stiftung für staatsbürgerliche Bildung und Begabtenförderung aus der Initiative des Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel von Persönlichkeiten der verschiedensten Bereiche Norddeutschlands in Kiel aus der Taufe gehoben wurde, lag die kritische Frage nahe, ob hier nicht viel guter Wille auf einen bereits stark übersetzten Markt drängte, so daß es durchaus zweifelhaft sein konnte, ob die neue Institution in der Lage sein würde, ein kraftvolles Eigenleben zu entfalten. Die Zahl der Institutionen, die sich dem Ziel verschrieben haben, der freiheitlichen Demokratie zu dienen, sind Legion, und so durfte man gespannt darauf sein, ob es der Hermann-Ehlers-Stiftung gelingen würde, ein eigenes Profil zu entwickeln und die etablierten Einrichtungen der Erwachsenenbildung sinnvoll zu ergänzen.

Der Start läßt hoffen. Es begann damit, daß die Stiftung in Kiel ein Studentenheim unter dem Namen „Hermann-Ehlers-Haus“ errichtete, dem im Jahre 1970 die Hermann-Ehlers-Akademie hinzugefügt wurde. Damit ist die erste Etappe einer langfristigen

Planung realisiert worden, deren Ziel es ist, Hermann-Ehlers-Häuser in weiteren Universitätsstädten Norddeutschlands zu erstellen und ihnen Außenstellen der Akademie beizugeben. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Bildungsarbeit der Hermann-Ehlers-Stiftung im vorpolitischen Raum die gesamte norddeutsche Fläche erschließt.

Bei ihrem Bemühen, einen eigenen Standort im Rahmen der Bildungseinrichtungen zu gewinnen, geht die Hermann-Ehlers-Stiftung davon aus, daß sich der emanzipierte Staatsbürger nicht damit zufrieden gibt, von der Informationsflut der Massenmedien überschwemmt zu werden, sondern daß er Gelegenheiten sucht, ausgewählte, zentrale Themen der verschiedensten Bereiche mit Fachleuten zu diskutieren und zu vertiefen. Das Bedürfnis, auf diese Weise geistig mitzuarbeiten und Gehör zu finden, ist in allen gesellschaftlichen Gruppen groß, es kommt nur darauf an, diese latente Bereitschaft zu erschließen und ihr einen festen Rahmen in Form von Arbeitsgruppen und Studienkursen zu geben.

In der Nachkriegszeit haben die zahlreichen Akademien und sonstigen Bildungsstätten eine Fülle von methodischen und didaktischen Erfahrungen erarbeitet, die auch in der Hermann-Ehlers-Akademie verwertet werden. Darüber hinaus versucht das Haus, aufgrund seiner besonderen Lage in einer Großstadt, einen spezifischen Arbeitsstil zu entwickeln. Es zielt mit seinen Einladungen auf die zeitlich voll durch ihren Beruf engagierten Arbeitsbürger, also Wissenschaftler, Beamte, Angestellte, Arbeiter, die zwar nicht die Muße haben, an längeren Tagungen teilzunehmen, wohl aber ein ausgeprägtes Interesse, sich über thematisch scharf umrissene Probleme kurz und gründlich zu informieren und Meinungen auszutauschen. Aus diesem Grunde ist das Programm der Akademie so angelegt, daß in schneller Folge Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen mit eintägigen Seminaren und Wochenendtagungen wechseln.

Es war von Anfang an das Bestreben der Hermann-Ehlers-Akademie, ihr Programm nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Gruppen zu erarbeiten und es ihnen dann fertig anzubieten, sondern qualifizierte Fachleute aller Bereiche, die ihren Sachverstand ehrenamtlich zur Verfügung stellen, in Programmkommissionen unter dem Namen „Gesprächskreise“ zusammenzufassen und sie die Arbeit der Akademie in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen voll verantwortlich tragen zu lassen. Insgesamt bestehen elf Gesprächskreise: Justiz, Öffentliche Verwaltung, Ökumene, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Agrarpolitik, Publizistik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Hochschulen und Wissenschaften, Verteidigungsfragen und Ideologiekritik. Aufgrund der Tatsache, daß diese Programmkommissionen in ihrem Bereich praktisch die Hermann-Ehlers-Akademie repräsentieren und sich nicht nur in der wenig dankbaren Rolle von Beiräten erschöpfen, ist es gelungen, eine erfreulich intensive, freiwillige Mitarbeit zu ermutigen, durch die die Akademie ständig neue geistige Impulse erhält.

Dieses Prinzip, den Bürger aktiv mitarbeiten zu lassen, erlaubt es auch, im Rahmen der genannten Gesprächskreise Studiengruppen einzurichten, die über längere Zeiträume detaillierte Themen wissenschaftlich erarbeiten, um ihre Ergebnisse dann der Öffentlichkeit vorzustellen. Insgesamt zielt die Hermann-Ehlers-Akademie also weniger darauf ab, den Informationsstrom der verschiedensten Medien noch zu verbreitern, es geht ihr vielmehr darum, Anstöße für eine wachsende Bildungsbewegung zu geben, die möglichst viele Bürger erfaßt und sie ermutigt, sich nicht mit oberflächlichen Antworten zufriedenzugeben, sondern die zentralen Probleme unserer Zeit seriös aufzuarbeiten.

In dem ersten Jahr ihres Bestehens hat die Hermann-Ehlers-Akademie in einer dichten Veranstaltungsfolge über 5000 Besucher erreicht. Neben Veranstaltungsreihen wie volkswirtschaftlichen und kommunalpolitischen Propädeutika, ideologiekritischen

Marxismus-Seminaren und Rhetorik-Kursen hat die Hermann-Ehlers-Akademie Fragen der Wissenschaftsreform, der Fortentwicklung unserer Wirtschaftsordnung sowie außen- und sicherheitspolitische Probleme aufgegriffen. Auch im Herbstprogramm 1971 wird die Akademie Gelegenheit geben, mit besonders profilierten Referenten zu diskutieren. So wird Prof. Ota Sik, Basel, der Wirtschaftsminister der Dubcek-Regierung, die tschechoslowakischen Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Methoden zur Diskussion stellen, und Botschafter Karl-Günther von Hase, London, über das Thema „Großbritannien und Europa“ referieren.

Angesichts der jüngsten internationalen Entwicklung lag es nahe, im Programm einen besonderen Akzent auf die Frage der Außen- und Sicherheitspolitik zu legen. Um einen Überblick über die vielschichtige Problematik zu gewinnen, die der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses zugrunde liegt, wird sich die Jahrestagung der Hermann-Ehlers-Stiftung mit Referaten von Bundestagspräsident von Hassel, Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt und Staatssekretär a.D. Prof. Carstens den Gefahren und Möglichkeiten einer künftigen Konferenz über die Sicherheit Europas widmen. Daneben setzt die Akademie die Reihe ihrer Veranstaltungen fort, die den Fragen der Reform unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung und des Bildungswesens gewidmet sind.

Die Hermann-Ehlers-Akademie, die bereits jetzt eine Reihe von Außenveranstaltungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen durchführt, wird ab 1973 auch über eigene Häuser in Hannover und Hamburg verfügen und auf diese Weise ihren Anspruch, keine lokale Bildungsstätte, sondern ein regionales Bildungswerk zu sein, überzeugend demonstrieren können. Auf dieser breiten Basis hofft sie ihr Ziel zu erreichen, möglichst viele Bürger nicht nur zu kritischem Mitdenken, sondern auch zu verantwortlichem Engagement in unserer Gesellschaft zu bewegen.

DANK

Es gibt unter uns viele Menschen, die überhaupt nicht mehr danken können, jedenfalls nicht Gott. Sie nehmen das, was sie erreichen, als den selbstverständlichen Ertrag ihrer Arbeit, die ihren ebenso selbstverständlichen Lohn empfängt. Das gilt für den einzelnen Menschen, es gilt aber offenbar auch für unser ganzes Volk. Alles das, was uns in den letzten Jahren zu erreichen möglich war, ist geradezu zur Selbstverständlichkeit geworden.

Hermann Ehlers
(† 29. Oktober 1954)

ner Mitmenschen. Liebe ist auch, daß man an das Verantwortungsbewußtsein des Mitmenschen appelliert.

Christliche Prinzipien für die Politik sind auch Ehrlichkeit und Offenheit; das erfordert der brüderliche Geist. Neid und Mißgunst dürfen bei einem christlichen Politiker keinen Platz haben.

Was heute im Christentum aufbricht, könnte ein neuer Anfang sein — für eine bessere menschliche Zukunft. Das soll aber nicht heißen, daß die von Christus gepredigte Liebe in der zweitausendjähri-

gen Geschichte der Kirche überhaupt noch keine Wirkung gehabt hätte. Die christliche Liebe hat viel zum menschlichen Fortschritt beigetragen. Seit dem Eintritt des Christentums in die Welt haben sich die zwischenmenschlichen Beziehungen umfassend vertieft und verdichtet, trotz vieler Rückschläge. Erst durch die christliche Liebe steigt der Mensch zu seiner vollen Würde auf. Seitdem kann er in seiner ganzen Würde gesehen und geachtet werden.

Es muß heute nur noch klarer erkannt werden, daß die Welt die christliche Liebe braucht, damit sie sich zum Reiche Gottes vollenden kann.

Aus unserer Arbeit

Berlin. Der CDU-Landesverband Berlin und der Evangelische Arbeitskreis führten zusammen mit der Evangelischen Akademie Berlin eine Dialogtagung zu dem Thema „Das Problem des Extremismus in Weltanschauung und Politik“ durch.

Sinn und Zweck dieser Tagung war es, die Denk- und Verhaltensstrukturen des Extremismus in seiner ideologischen und politischen Ausprägung zu untersuchen. — Daneben sollte mit dieser Begegnung der Kontakt zwischen der CDU und der Evangelischen Akademie intensiviert werden. Das entsprach auch den Vorgesprächen zu dieser Tagung, die zwischen dem Leiter der Akademie, Dr. Brakelmann, und dem Vorsitzenden des EAK-Berlin, Prof. Dilschneider, geführt wurden.

An der Tagung nahmen von seiten der CDU u. a. der Landesvorsitzende Peter Lorenz und der Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Heinrich Lummer sowie die Abgeordnete Frau Dr. Ursula Besser teil.

Düsseldorf. Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Rheinland traf zu einem Arbeitsgespräch mit dem rheinischen CDU-Landesvorsitzenden Heinrich Köppler zusammen. Köppler unterstrich gegenüber dem Landesvorstand die Bedeutung, die der Evangelische Arbeitskreis bei der Diskussion um die geistigen Grundlagen der Partei einnimmt. Dabei sprach Köppler vom Evangelischen Arbeitskreis als einer „Akademie“ für die Partei. EAK-Landesvorsitzender Dr.

Hans-Ulrich Klose, MdL, dankte Köppler für dessen Verständnis für die Aufgaben und Zielsetzungen des EAK und wies auf die besondere Bedeutung des EAK im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1973 hin.

Stuttgart. Auf seiner letzten Sitzung beschloß der EAK-Landesvorstand Württemberg, im Januar 1972 eine Landestagung im Raum Stuttgart durchzuführen. Außerdem erklärte sich der EAK-Landesvorstand bereit, die Gestaltung eines Falblattes über die Aufgaben und Ziele des EAK, das auf Bundesebene herausgegeben werden soll, zu übernehmen. Zur Vorbereitung des Falblattes wurde ein Redaktionskomitee gebildet, das erste Entwürfe gestalten und baldigst unter Vorsitz des EAK-Landesvorsitzenden, Rechtsanwalt Arved Deringer, zusammentreten soll.

Hannover. Auf einer Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises Niedersachsen/Hannover referierte der EAK-Landesvorsitzende Dr. Philipp von Bismarck, MdB, zum Thema „Aktuelle Fragen der deutschen Außenpolitik“. An das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache an.

Düsseldorf. Zu einem mehrstündigen Informationsgespräch trafen sich Vertreter der nordrhein-westfälischen Jungen Union mit den Mitgliedern des jugendpolitischen Ausschusses der Jugendkammer Rheinland und Westfalen der evangelischen Kirche, dessen Vorsitzender Manfred Daberkow ist.

Die Initiative zu dieser Begegnung ging von dem rheinischen Landesjugendpfarrer Schroer und dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der Jungen Union Rheinland, Dr. Peter Egen, aus.

Mit diesem Treffen wurde nach den Worten des westfälischen Landesjugendpfarrers Eltzner eine Serie von Veranstaltungen eröffnet, die die Landesjugendkammern mit den politischen Jugendorganisationen des Landes planen.

Im Verlauf der Aussprache wurden vor allem Fragen der Ostpolitik, der Wehrgerechtigkeit und eines sinnvollen Einsatzes der Ersatzdienstleistenden sowie die Problematik der außerschulischen Jugendbildung behandelt.

Im Anschluß an das Gespräch wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Aussprache in einer sachlichen und fairen Atmosphäre stattgefunden habe. Obwohl nicht in allen Punkten Übereinstimmung zu erzielen gewesen sei, habe die Diskussion zum besseren Verständnis der gegenseitigen Standpunkte beigetragen.

Auf seiten der JU nahmen an dem Gespräch neben dem Bundestagsabgeordneten Dr. Kraske auch die Landtagsabgeordneten Dr. Klose, Lemmer und Dr. Waffenschmidt teil.

Es wurde vereinbart, diese Gesprächsrunde unter besonderer Berücksichtigung landespolitischer Themen im März 1972 fortzusetzen.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

Betr.: Spartakus-Artikel in der Ev. Verantwortung vom September 1971

Nachdem ich mir dreimal Ihren Artikel aufmerksam durchgelesen habe, möchte ich mir erlauben, Ihnen doch aus der Sicht eines Mannes, der beruflich mit Studenten zu tun hat, etwas zu antworten.

Sie sprechen die Frage aus, „wer an den Hochschulen den Kampf gegen SPARTAKUS“ aufnimmt?“

Die „alte Burschenherrlichkeit“ hatte ihre „Stiftsbiere“ hinter sich, und manch markiges Wort über „Vaterland – Verantwortung in der Zeit“ usw. sind beim Festkommers gefallen.

Aber „wo sind die, die vom breiten Stein nicht wankten und nicht wichen?“

Alle Korporationen, einschließlich der beiden konfessionellen Gruppen an den Universitäten, haben doch restlos versagt und ganz offen dem linksradikalen Spartakus Tor und Tür geöffnet.

Hatten im Jahre 1950 noch die studentischen Verbindungen fast mehr als 80 Prozent in den studentischen Vertretungen, so sind sie heute durch ihre Laschheit und innere Trägheit zu einer verschwindenden Minderheit geworden. Die Korporationen scheinen oder wollen scheinbar nicht den Geist der Zeit begreifen und haben sich in ihren Elfenbeinturm zurückgezogen; nur einmal im Jahr treten sie in Erscheinung, wenn das Stiftungsfest über die Bühne geht. Spartakus und SHB arbeiten gezielt und ständig und es nützt den Korporationen gar nichts, wenn sie auf ihre 100jährige Tradition immer wieder verweisen. Hier und jetzt haben sie versagt und merken oder wollen nicht merken, wie ihnen langsam an den Universitäten und Hochschulen die Luft abgeschnürt wird.

Wahrlich ein Anachronismus unserer Zeit: diese Studentenverbindungen, die für die Freiheit eintraten, lassen sich heute von einer politisch straff organisierten Minderheit an der Hochschule umstrukturieren und auf den Kurs von Spartakus, SHB und DKP bringen. Sie haben schlicht gesagt geschlafen oder jene Zeit verschlafen, als es notwendig gewesen wäre zu merken, daß sich Zellen und Stoßtrupps ideologischer Natur an unseren Hochschulen bildeten. Diesen Vorwurf kann ich auch dem RCDS nicht ganz ersparen.

Dipl. agr. Harald Focken, Gießen

Mitarbeiter(in)

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sucht umgehend einen qualifizierten, jüngeren Mitarbeiter(in), dem (der) eine abwechslungsreiche Tätigkeit in der Geschäftsstelle eines Arbeitskreises auf Bundesebene Freude bereitet. Der Tätigkeitsbereich erfordert Interesse für die vielfältigen Fragen, die sich aus dem geistigen Spannungsfeld zwischen Kirche – Politik – Staat und Partei ergeben. Hochschulbildung ist nicht unbedingt erforderlich.

Die Vergütung geschieht in Anlehnung an BAT.

Bewerbungen sind zu richten an:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, 5300 Bonn, Kaiserstraße 22, Telefon (0 22 21) 65 29 31

gesucht.

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Dezember 1971

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1971

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Eberhard Stammer

Die Freiheit, die unsere Verfassung garantiert, ist sowohl ein kostbares als auch empfindliches Gut. Sie ist uns so selbstverständlich geworden wie die Luft zum Atmen. Aber nachdem wir entdeckt haben, daß auch unser Potential an Luft gefährdet ist, mag es uns verständlich werden, daß es der Freiheit ähnlich ergehen kann. In Freiheit zu leben, ist solange bequem und risikolos, als sie nicht nur verfassungsmäßig garantiert, sondern auch vor Mißbrauch geschützt wird. Während es uns vor einem Vierteljahrhundert noch ein erstaunliches Erlebnis war, daß wir wieder frei denken, handeln und leben konnten, ist es uns heute selbstverständlich geworden, daß wir dieses Vorrecht in Anspruch nehmen – ohne dabei zu bedenken, daß diese Freiheit sowohl von uns selbst im inneren als auch durch Druck von außen in Frage gestellt werden könnte.

Von der Gegnerschaft
zur Partnerschaft

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“, ist das Motto der Nato. Sie drückt damit eine Einsicht aus, die zur Zeit ihrer Gründung jedem unmittelbar bewußt war, die aber heute in Vergessenheit zu geraten droht. Damals nach der Korea-Krise mußte es jedem einleuchten, daß auch das Territorium des freien Westens jederzeit überrollt werden könnte, wenn es nicht über einen so massiven Schutz verfügt, daß eine derartige Aggression als unmöglich erscheint. Solange dann das Verhältnis der beiden Machtblöcke des Ostens und des Westens durch das Prinzip eines „Kalten Krieges“ gekennzeichnet war, gab es kaum einen Zweifel daran, daß nur ein höchstes Maß von militärischer Sicherheit den Frieden erhalten könne.

Seitdem aber die Phase der Entspannung eingeleitet wurde, haben sich nicht nur die politischen, sondern auch die psychologischen Voraussetzungen für einen solchen Widerstand gewandelt. Bis dahin galt der kommunistische Machtblock allgemein als ein potentieller Gegner, der nicht nur wegen seines militärischen Potentials, sondern ebenso wegen seiner ideologischen Strategie als eine unmittelbar drohende Gefahr empfunden wurde. Als aber dann – vornehmlich von Amerika ausgehend – eine

Politik eingeleitet wurde, die das bisherige Prinzip totaler Gegnerschaft zu entschärfen suchte, bahnte sich ein spürbarer Klimawechsel an.

Moskau erschien nicht mehr nur in der Rolle des Gegners, sondern auch des Partners, und immer mehr ging man zu der Praxis über, sich mit diesem Gegenüber nicht nur auseinander-, sondern auch zusammenzusetzen. Daß dabei auf der Ebene der internationalen Politik in der Tat greifbare Fortschritte erzielt werden konnten, ist nicht zu leugnen, zumal sich auch die Sowjets mehr und mehr als gesprächsfähige Partner (zum Beispiel auch auf dem Gebiet der Wirtschaft) präsentierten. Im gleichen Maß, in dem unter

Aus dem Inhalt

Keine Freiheit ohne Sicherheit Eberhard Stammer	1
Abschied vom Liberalismus Günter Triesch	3
Zur Diskussion gestellt: Über die Hochschulen zur Macht? Waldemar Wünsche	5
Publik ist tot Paul Albert Engstfeld	8
Die Ziele der Union Dr. Ernst Müller-Hermann	9
Kurz notiert	10
Leserbriefe	11

diesen Voraussetzungen die Abscheu und auch die Angst vor dem kommunistischen System nachließ, meinte man, daß auch die militärische Bedrohung an Bedeutung verliere. Als eine der wesentlichen Folgen davon hat ja auch das atlantische Bündnis seine innere Bindekraft und Opferbereitschaft verloren.

Nun wäre es allerdings absurd, wenn man den Zustand und die Mentalität des „Kalten Krieges“ zurückwünschen wollte, um dadurch den westlichen Sicherheitsbestrebungen wieder mehr Auftrieb zu geben. Es ist nicht zu leugnen, daß es notwendig und sinnvoll war, auch mit dem sowjetischen Machtblock und der kommunistischen Ideologie das Gespräch aufzunehmen und von der radikalen Verteufelung Abschied zu nehmen. Wir können, vor allem in Europa, nicht zu einem erträglichen Zusammenleben kommen, wenn wir nicht auch mit den Staaten und Völkern des Warschauer Pakts einen Weg des Koexistierens finden. Ebensovienig konnten wir es uns auf die Dauer leisten, die kommunistische Ideologie nur zu ignorieren oder zu verketzern, ohne mit ihr über ihre Begründung, ihre Absichten und ihre Zielsetzung ins Gespräch zu kommen.

Entspannung ohne Sicherheit?

Aber nun ist dadurch eine psychologische Entwicklung in Gang gekommen, die vornehmlich bei unseren westlichen Verbündeten, aber zunehmend auch in unserem eigenen Land, an Einfluß gewinnt: Je mehr es dazu kam, daß man mit dem kommunistischen Gegenüber das Gespräch aufnahm, Verhandlungen führte und auch erhebliche Ergebnisse registrieren konnte, desto harmloser erschien schließlich auch die bisher angenommene Bedrohung auf militärischem Gebiet. Darauf deuten nicht nur die schon längst angelaufenen amerikani-

schen Truppenreduzierungen auf europäischem Boden (und ähnliche Tendenzen bei unseren anderen Verbündeten) hin, sondern auch in unserem eigenen Land erscheint es vielen als zunehmend unnötig, entsprechendes Verteidigungspotential aufrechtzuerhalten. Allein schon die Meldung über die vom Verteidigungsminister geplante Mobilmachungsübung hat eine in dieser Hinsicht interessante Wirkung ausgelöst: Offensichtlich waren viele der Meinung, daß man solcher Vorbereitungen gar nicht mehr bedürfe, nachdem man jetzt ja eine so intensive Entspannungspolitik betreibt, und sie haben deshalb ihre Empörung über dieses Vorhaben geäußert.

Gerade diese Resonanz weist darauf hin, in welcher spannungsreicher Dialektik Freiheit und Sicherheit zu sehen sind. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß zwar die russische Seite gegenwärtig ein erhebliches Maß von Verhandlungsbereitschaft zeigt und dabei auch nicht unbedeutende Konzessionen zu machen scheint, daß aber zu gleicher Zeit dort die Rüstungsanstrengungen in auffälliger Weise verstärkt werden. Alle Konzilianz, die die Russen bei ihren internationalen Verhandlungen an den Tag legen, hindert sie nicht daran, die Zahl ihrer Divisionen im Westen ihres Machtgebietes zu erhöhen, den Ausbau ihrer Kriegsflotte energisch zu forcieren und auch ihre interkontinentalen Angriffssysteme weiter auszubauen. Es rechnet zwar wohl niemand im Ernst damit, daß diese erhöhten Rüstungsanstrengungen eine militärische Invasion im europäischen Raum zum Ziel haben und dadurch unsere Grenzen unmittelbar gefährdet wären. Aber auf der anderen Seite schaffen sich die Russen damit doch ein gesteigertes Machtpotential, mit dem sie im politischen und wirtschaftlichen Bereich Druck ausüben können.

Wenn schon bisher der Friede nur durch eine sorgfältige Strategie der Abschreckung gesichert werden konnte, dann gilt dies ebenso und erst recht unter den gegenwärtigen Vorzeichen. Gerade wenn eine militärische Auseinandersetzung vermieden werden soll, bedarf es immer noch, auch auf der Seite des Westens, energischer militärischer Anstrengungen, um dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wird dies unterlassen oder ver-

säumt, dann könnte ein Machtvakuum entstehen, das den Sowjets die Möglichkeit einräumen würde, ihren Einfluß anders als bisher auch über ihre Westgrenze hinaus in Europa geltend zu machen.

Die Freiheit, die wir genießen, wird uns nicht als selbstverständliche Gabe des Schicksals in den Schoß geworfen, sondern wir haben sie immer vor dem Gespenst der Unfreiheit zu schützen. Sie ist verletzlicher als die Unfreiheit, weil sie ihrem Wesen nach zur Offenheit und zur Toleranz – und auch zur Gutgläubigkeit führt. Gerade damit aber ist uns eine dialektische Spannung auferlegt, die sich nicht aufheben läßt: Wir werden auf der einen Seite im Geist der Freiheit und auch im Vertrauen auf sie miteinander leben und ebenso mit anderen zu sprechen und zu verhandeln haben. Auf der anderen Seite aber dürfen und können wir uns nicht von dem Mißtrauen befreien, daß sich unter den Parolen von Freundschaft und Frieden eben doch massive Machtpressionen entwickeln können. Es ist die hohe Kunst der Politik, auf beiden Ebenen zugleich zu agieren: Verständigung und Partnerschaft zu suchen und zugleich die eigenen Machtpositionen auszubauen und aufrechtzuerhalten. Nur eine Freiheit, die sich sichert, wird Bestand haben. Die westliche Welt, und vor allem auch unser eigenes Land, wird sich dessen bewußt bleiben müssen, wie leicht die Freiheit verspielt wird, wenn sie nicht bereit ist, den Preis der Wachsamkeit zu zahlen.

Freiheit – Bedingung der Demokratie

Was hier ausführlich am Beispiel der Außenpolitik dargestellt ist, gilt im Prinzip ebenso für unsere innere Verfassung. Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß jeder seine eigene Freiheit durch die Freiheit des anderen begrenzen läßt. Damit ist zunächst eine Gesinnung gemeint, aber sie allein genügt nicht, um diesem Prinzip die ihm angemessene Geltung zu verschaffen. Wenn der Staat in der Verfassung die Freiheitsrechte garantiert, muß er sich auch verpflichtet sehen, sie durch die Gesetzgebung und durch

die Exekutive so zu sichern, daß sie nicht durch Mißbrauch aufgehoben werden. Gerade die jüngste Entwicklung macht uns eindringlich darauf aufmerksam, wie ein Gemeinwesen von innen her aufgelöst werden könnte, wenn es sich nicht vor ein solches Ausufern schützt. Das amerikanische Beispiel liefert uns in dieser Hinsicht eine höchst unerfreuliche Vision, und die Drogenwelle und die Diskussion um die Abtreibung sind auch in unserem

Abschied vom Liberalismus

Günter Triesch

sagt, die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit präsentieren und einen Zwang zur Einigung beinhalten. Es bedeutet in der Tat, daß die

Liebe Leserin, lieber Leser!

Beiliegend übersenden wir Ihnen die neueste Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“. Unsere Publikation wird überwiegend kostenlos verschickt; Finanzsorgen lassen uns allerdings an Sie die Bitte richten, uns durch eine freiwillige Zuwendung finanziell zu helfen.

Wir alle sollten gemeinsam dazu beitragen, daß die „Evangelische Verantwortung“ auch weiterhin erscheint. Dazu bedarf es der Mithilfe unserer Leser.

Unser Anliegen können Sie auch durch einen Dauerauftrag bei Ihrer Bank oder Ihrem Postscheckamt unterstützen.

Herzlichen Dank!

Überweisungsanschrift:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn, Kaiserstraße 22
Postscheckkonto Köln Nr. 1121 00
Städtische Sparkasse Bonn Nr. 56 267

DM Pf für Postscheckkonto Nr. 1121 00		Für Vermerke des Absenders	
Absender der Zahlkarte			
Postfachkonto Nr. des Absenders	PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders	Postscheckteilnehmer	
Zahlkarte/Postüberweisung		Einlieferungsschein/Lastschriftzettel	
Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erläuterung siehe Rückseite)			
DM Pf	DM Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)	DM Pf	
Postscheckkonto Nr. 1121 00 Köln		für Postscheckkonto Nr. 1121 00	Postscheckamt Köln
Vorgabeanzeige (mit Postleitzahl)	für Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU	Postscheckkonto Nr. 1121 00	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
	in Kaiserstraße 22	Postscheckamt Köln	in 53 Bonn
Anwendungszweck	Ausstellungsdatum	Unterschrift	Postvermerk
Beitr.: Evangelische Verantwortung			
Spendenquittung erbeten: ja/nein			

die Exekutive so zu sichern, daß sie nicht durch Mißbrauch aufgehoben werden. Gerade die jüngste Entwicklung macht uns eindringlich darauf aufmerksam, wie ein Gemeinwesen von innen her aufgelöst werden könnte, wenn es sich nicht vor ein solches Ausufernd schützt. Das amerikanische Beispiel liefert uns in dieser Hinsicht eine höchst unerfreuliche Vision, und die Drogenwelle und die Diskussion um die Abtreibung sind auch in unserem Lande Symptome für diese Gefahr geworden: Wo der einzelne seine Freiheit so versteht, daß ihm nicht nur sein „Bauch“ allein gehört, sondern auch der Gebrauch von Rauschgift sein unveräußerliches, individuelles Recht ist, kann letzten Endes die Gemeinschaft bedrohlichen Schaden leiden – abgesehen davon, daß sie auch noch die Kosten dafür zahlen muß. Darum muß der Bürger auch im Interesse seiner eigenen Freiheit Wert darauf legen, daß allgemein anerkannte Grenzen festgesetzt und gesichert werden, weil andernfalls die Freiheit zur Tyrannis umschlagen könnte.

Allerdings bleibt es auch in diesem Fall eine unaufgebbare Aufgabe, das Spannungsverhältnis durchzuhalten: Der Ruf nach Sicherung und Ordnung darf nicht die Freiheit zum Ersticken bringen – wie auf der anderen Seite die Freiheit auf die Ordnung nicht verzichten kann. Wenn Demokratie als eine freiheitliche Lebensordnung bezeichnet wird, dann ist damit ausgedrückt, daß alle ihre Ordnung und ihre gesamten Sicherungsmaßnahmen letztlich der Freiheit zu dienen haben – der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit des Gemeinwesens. Sie ist deshalb Schritt für Schritt daran zu prüfen, ob sie zum Selbstzweck wird oder aber ihre Schutzfunktion in den Dienst der Freiheit stellt.

Abschied vom Liberalismus

Günter Triesch

Die liberale Bewegung in Deutschland hat starke Impulse vom Protestantismus erhalten. Der soziale Liberalismus wäre ohne Friedrich Naumann nicht denkbar. Innerhalb der liberalen Bewegung freilich haben stets Wirtschaftsliberalismus, Sozialliberalismus, Nationalliberalismus und weltoffener Liberalismus um Einfluß gerungen. Während sich der politische Liberalismus früher in mehreren Parteien organisierte, hat er nach 1945 die Einheit gesucht in der FDP. Aber die Traditionen führten immer wieder zu Richtungskämpfen und zwischenhinein auch zu Spaltungen. Die FDP hat auf ihrem Freiburger Parteitag ihre Standortbestimmung als sozialliberale, progressive Partei deutlich zu machen versucht. Aber gerade das in Freiburg verabschiedete gesellschaftspolitische Programm legt die Frage nahe, ob in der politischen Landschaft der Bundesrepublik noch genügend Raum für eine eigenständige liberale Partei ist, nachdem von den beiden großen politischen Kräften vieles vom Ideengut des Liberalismus übernommen wurde. Nach Freiburg fällt es insbesondere schwer, die Notwendigkeit der FDP neben der SPD anzuerkennen. Dies weniger wegen der verkündeten Koalitions-treue über die Bundestagswahl 1973 hinaus als wegen der programmatischen Übereinstimmung.

Anteilseigner in der Minderheit

Die Mitbestimmung und die Eigentumspolitik waren auch auf dem Parteitag der FDP die Fragen, an denen sich die Diskussion entzündete.

Das Modell, für das sich der Parteitag entschied, soll, so wurde ge-

sagt, die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit präsentieren und einen Zwang zur Einigung beinhalten. Es bedeutet in der Tat, daß die Anteilseignerseite allein nicht mehr Entscheidungen treffen kann: sie ist auf die Zustimmung der Arbeitnehmerseite angewiesen.

Positiv zu werten bleibt, daß die FDP eine Beteiligung des öffentlichen Interesses an den Unternehmensorganen ablehnte und daß sie forderte, ein einheitliches Mitbestimmungsrecht in den Unternehmensorganen zu schaffen, durch das auch das Sonderrecht in der Montanindustrie hinfällig werden soll.

Das Mitbestimmungsmodell, für das sich der FDP-Parteitag mit der Mehrheit von nur einer Stimme entschieden hat, stößt ebenso wie das mit dieser knappen Mehrheit abgelehnte Modell der Programmkommission, das die Anteilseigner völlig in die Minderheit drängen wollte, auf entschiedene ordnungspolitische Bedenken. In der Begründung des angenommenen Modells heißt es, daß es zu den wichtigsten Kriterien einer marktwirtschaftlichen Ordnung gehört, einen möglichst effektiven Kapitaleinsatz zu sichern. Deshalb, so heißt es, sei es funktionsgerecht, ein Überstimmen der Vertreter des Faktors Kapital in den Aufsichtsgremien der Unternehmen zu vermeiden. Dieses Überstimmen läßt das Riemer-Modell nicht zu. Allerdings bleibt unklar, wie im Falle einer Stimmgleichheit eine Entscheidung herbeigeführt werden soll: kann sie notfalls gegen die Anteilseignerseite gefällt werden unter Anrufung einer außerbetrieblichen Instanz? – Der entschiedene Mangel dieses Modells besteht jedoch darin, daß es die Entscheidungsfreiheit der Anteilseigner aufhebt.

Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung beruht auf der Kombination von Eigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb. Daß dieses Privateigentum sozialen Bindungen unterliegen muß, ist unumstritten. Arbeitsrecht, Sozialrecht und Steuerrecht tragen hierfür Sorge. Es sollte aber ebenso unum-

stritten sein, daß Privateigentum, wenn es Risiko trägt, entscheidungsfähig bleiben muß. Aber diese ordnungspolitischen Überlegungen sind ebenso wenig wie die Überlegungen zur funktionalen Rolle des Eigentums in unserer Wirtschaftsordnung der Entscheidung des FDP-Parteitag zugrundegelegt worden; es waren vielmehr, wie offen ausgesprochen wurde, koalitionspolitische Überlegungen, die die Entscheidung bestimmten. Die FDP entschied sich für ein Modell, in dem die Anteilseigner nur noch die Hälfte der Stimmen im Aufsichtsrat erhalten, weil der größere Koalitionspartner, die SPD, auf die paritätische Mitbestimmung, wie sie der DGB fordert, festgelegt ist.

Mitbestimmung für Management?

Die FDP hat ihr Mitbestimmungsmodell als neuartig angepriesen, weil in ihm neben den Faktoren Kapital und Arbeit der Faktor Disposition, das Management, berücksichtigt werde. Den 6 Anteilseignervertretern sollen vier Arbeitnehmer und zwei Vertreter der leitenden Angestellten gegenüber sitzen. Ähnliche Vorstellungen waren bereits früher von den Sozialausschüssen der CDU/CSU zur Diskussion gestellt, jedoch von dem Düsseldorfer Parteitag der CDU abgelehnt worden. Die Probleme, die sich aus einer Beteiligung des Faktors Disposition im Aufsichtsrat ergeben können, wurden in der Diskussion in Freiburg deutlich, als gefordert wurde, die leitenden Angestellten müßten von allen Arbeitnehmern gewählt werden. Bemerkenswert ist, daß die FDP sich in ihren in Freiburg verabschiedeten Thesen zur betrieblichen Mitbestimmung für eigene Vertretungen der leitenden Angestellten neben dem Betriebsrat einsetzt, obwohl sie bei den Beratungen zum neuen Betriebsverfassungsgesetz diese Forderung, die

auch von der CDU/CSU vertreten wird und die den Wünschen der leitenden Angestellten entspricht, gegenüber der SPD nicht durchgesetzt hat. Aber auch das in Freiburg verabschiedete Modell für die Mitbestimmung in den Unternehmensorganen muß doch wohl vor dem Hintergrund des von SPD und FDP geschlossen vertretenen neuen Betriebsverfassungsgesetz gesehen werden. Es verschiebt die Gewichte derartig zugunsten der Arbeitnehmerseite, daß auch Befürworter eines stärkeren Arbeitnehmereinflusses in den Aufsichtsräten davor warnen, die Gewichte weiter in Richtung auf eine paritätische Lösung zu verschieben.

Die Einbeziehung der leitenden Angestellten in den Aufsichtsrat wirft allerdings auch Grundsatzfragen auf. Sie trägt zur Verwischung der notwendigen und bewährten Abgrenzung zwischen Leitungs- und Kontrollfunktion im deutschen Gesellschaftsrecht bei. Der Sachverstand des Managements muß nicht im Aufsichtsrat unmittelbar wirken können, vielmehr haben die leitenden Angestellten in der täglichen Arbeit im Unternehmen die Möglichkeit, ihren Sachverstand mit Rat und Tat zum Wohl des Unternehmens, seiner Arbeitnehmer und seiner Eigentümer einzusetzen. Sie sind überfordert, sollten sie im Aufsichtsrat gegen Empfehlungen sprechen, die vom Management dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Oder soll etwa der Aufsichtsrat zur Korrektur von Unternehmensentscheidungen dienen, die im normalen Willensbildungsprozeß im Unternehmen nicht durchgesetzt werden konnten.

Einschränkung des Eigentums

Die FDP hat nicht nur in der Frage der Mitbestimmung, sondern auch in der Frage der Eigentumspolitik mit der Verabschiedung ihrer Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik alten Boden verlassen. Zwar wurde der revolutionäre Vorschlag der Jungdemokraten zur Kommunalisierung des Bodens in Ballungsräumen mit überzeugender Mehrheit abgelehnt, aber die vom Parteitag beschlossenen Thesen zur Eigentumsordnung wurden mit überzeugender Mehrheit verabschiedet.

Bekanntnisse zur ordnungspolitischen Bedeutung des Eigentums wurden abgelehnt. Der Liberalismus, der einmal geistige Geburtshilfe geleistet hat bei der Entstehung des Kapitalismus, trat in Freiburg als die Kraft auf, die eine Reform des Kapitalismus fordert. Die liberale Reform des Kapitalismus erstrebt, wie in Freiburg verkündet wurde, die Aufhebung der Ungleichgewichtigkeit und der Ballung wirtschaftlicher Macht, die „aus der Akkumulation von Geld und Wissenschaft und der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen folgen“. Den Nachweis für die Richtigkeit dieser Bestandsaufnahme blieb die FDP in Freiburg schuldig. Es wurde nicht nach den tatsächlichen Verhältnissen gefragt, sondern es wurden Klischees übernommen. Überdies wurde der Blick sehr einseitig auf das Eigentum an Produktionsmitteln konzentriert. Es wurde mehr von der Einschränkung des Eigentums als von seinen Rechten gesprochen. Selbst das Klischee vom Eigentum an den Produktionsmitteln, das Macht und Herrschaft über

20 Jahre Evangelischer Arbeitskreis

Vom 10. bis zum 12. März '72 führt der Evangelische Arbeitskreis seine 17. Bundestagung – die verbunden ist mit dem 20jährigen Bestehen des Arbeitskreises – in Pforzheim durch. Das Leitthema dieser Veranstaltung lautet: Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung. Auf Bundesebene wurde der Evangelische Arbeitskreis am 14. März 1952 durch Hermann Ehlers in Siegen ins Leben gerufen.

Menschen verliehe, fehlte nicht. Manchmal hatte man den Eindruck, daß die FDP von heute gegen den Kapitalismus von gestern kämpfte, der mit der sozialen Marktwirtschaft nicht identifiziert werden kann. Die Liberalen, einst mehr individuellen Lösungen zugeneigt, entschieden sich in Freiburg für ein Modell der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung, das betriebliche Ertragsbeteiligung und freiwillige Betriebs- und Tarifvereinbarungen nicht anrechenbar macht.

Zudem war die Diskussion in Freiburg von dem Widerspruch der vermögenspolitischen Diskussion gekennzeichnet, da einerseits Vermögensbildung gefordert wird, andererseits aber vorhandenes Vermögen Einschränkungen und Umverteilungsbestrebungen ausgesetzt wird. Erinnert sei auch an die Nachlaßabgabe, die auch die Betriebsvermögen nicht aussparen soll und die damit vor allem in der mittelständischen Wirtschaft zu einer Existenzbedrohung führen kann.

Liberaler Tradition beendet

Die FDP hat in Freiburg Abschied von ihrer liberalen Tradition genommen.

Der Parteitag von Freiburg verdient nicht nur wegen seiner Entscheidungen Beachtung, sondern ebenso weil er deutlich machte, wie eine Partei innerhalb weniger Jahre ihr Programm- und Erscheinungsbild völlig ändern kann. Die in der FDP entbrannte ordnungspolitische Diskussion, die unter dem Einfluß neuer Kräfte zu zahlreichen Korrekturen des traditionellen Kurses der Partei geführt hat, wird in ähnlicher Form auch in anderen politischen Parteien geführt. Unsere Parteien sind allesamt nicht mehr nur Wahlvereine, sondern Organisationen, in denen sich ein Meinungs- und Willensbildungsprozeß vollzieht, der für die künftige Entwicklung von Staat und Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist. Wer nicht will, daß Minderheiten unter Umständen mit knapper Mehrheit langfristig politische Zielsetzungen der politischen Parteien bestimmen, wird sich an den ordnungspolitischen Diskussionen in den Parteien beteiligen müssen.

Zur Diskussion gestellt:

Über die Hochschulen zur Macht?

Antikommunismus als Konsequenz der „Friedlichen Koexistenz“

Waldemar Wünsche

„Es lebe die feste und unerschütterliche Verbundenheit mit der Sowjetunion! ... jeder antisowjetische Angriff ist ein Angriff auf den antiimperialistischen Kampf ... es kann keine Inneren Beziehungen geben zwischen der imperialistischen BRD und der sozialistischen DDR! ... es lebe die unverbrüchliche Einheit von Spartakus und FDJ!“ (Christoph Strawe, 1. Sekretär des Spartakus, am 20. 5. 1971 in Bonn)

Über die politische Entwicklung an unseren Hochschulen, die durch die Aktivität der Radikalen Linken bestimmt wird, ist an dieser Stelle (E. V. Nr. 9/71) bereits berichtet worden. Der starke Einfluß der anti-autoritären Protestbewegung, die durch lautstarke Demonstrationen mit oder ohne Gewaltanwendung gekennzeichnet war, ist durch den Trend zum dogmatischen Kommunismus verdrängt worden, wie er vor allem durch den Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus repräsentiert wird. Er hat an vielen Hochschulen entscheidende Positionen erobert, darunter die Vorsitzenden mehrerer AStAs; er beherrscht praktisch den SHB wie auch den VDS. In zahlreichen Studentenparlamenten besitzt er zusammen mit dem von ihm gesteuerten SHB die Mehrheit. Trotz formeller Unabhängigkeit ist der MSB

Spartakus ein Teil der DKP, der eng mit Ost-Berlin und Moskau zusammenarbeitet.

Sollen kommunistische Lehrer unsere Zukunft bestimmen?

Der Einbruch des Kommunismus in unsere Hochschulen zwingt zu einem Überdenken unserer gesamten politischen Situation. Es wurde an dieser Stelle betont, daß an den Hochschulen Lehrer, Juristen und Volkswirte ausgebildet werden, die morgen führende Positionen in Behörden, Schulen und Unternehmen innehaben – Multiplikatoren, die der DKP mehr Erfolg versprechen als alle ihre Betriebsgruppen. Schon in den letzten Jahren wurde eine Machtposition nach der anderen in bestimmten Gewerkschaftsgruppen, in Theologen- und Juristenkreisen, in Schulen und Jugendgruppen, in der Leitung von Lehrlingsheimen und Schülerzeitungen von der Radikalen Linken besetzt. Gleichzeitig ist eine weitgehende Zersetzung des Vertrauens in unsere freiheitliche, rechtsstaatlich demokratische Gesell-

schaftsordnung erfolgt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Spartakus – DKP die Erfolge dieser Zersetzungsarbeit ernten. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß ein sehr hoher Prozentsatz von Studenten, die der Radikalen Linken angehören, pädagogische Berufe anstreben, Berufe also, in denen sie unsere Jugend aller gesellschaftlichen Schichten in ihrem Sinne beeinflussen werden. Unsere politische Zukunft wird von der geistig-politischen Haltung dieser Lehrer bestimmt werden! Um nur zwei Beispiele zu nennen: Wenn es nicht gelingt, der jetzigen Entwicklung Einhalt zu gebieten, so wird es in wenigen Jahren keine Ausnahme mehr sein, wenn ganze Abiturientenjahrgänge einer Schule den Kriegsdienst verweigern. Und unsere Wirtschaft dürfte dann sehr bald zu spüren bekommen, unter welchen geistig-politischen Aspekten die von Schule und Hochschule entlassenen Lehrlinge und Ingenieure ihre Mitarbeit in den Betrieben sehen.

Kommunistische Kampfansage ...

Der MSB Spartakus sieht – wie vor ihm schon andere Gruppen der Radikalen Linken – die Hochschulpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik an. In der auf seinem ersten Bundeskongreß am 22. Mai in Bonn verabschiedeten Grundsatzerklärung heißt es eindeutig:

„Nur als Teil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Monopolherrschaft, als untrennbarer Bestandteil einer antimonopolistischen und sozialistischen Alternative zum gesamten staatsmonopolistischen Herrschaftssystem kann dieser Kampf (der Studenten um Erneuerung des Hochschulwesens) erfolgreich geführt werden... Der Platz der kämpfenden fortschrittlichen Studenten ist ... an der Seite der Arbeiterklasse.“

Unsere gesellschaftspolitische Situation wird in der Grundsatzerklärung folgendermaßen charakterisiert:

„Die Monopolherrschaft ist das eigentliche Zentrum des Profit- und Machtmechanismus des Spätkapitalismus. Ihr wohnt die Tendenz zum Abbau aller demokratischen Rechte und Freiheiten inne. Sie bedroht täglich die Lebensinteressen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch die der anderen werktätigen Klassen und Schichten.“

Mit besonderer Sorgfalt sollten wir zur Kenntnis nehmen, was in der Grundsatzerklärung gesagt wird zu der von Moskau als Mittel zur Förderung des Weltfriedens gepriesenen „friedlichen Koexistenz“:

„Eine Politik der friedlichen Koexistenz... hat nichts gemein mit Klassenfrieden und stellt das Recht der unterdrückten Völker und Klassen, alle Mittel für ihre Befreiung, bis zum bewaffneten Kampf, anzuwenden, nicht im geringsten in Frage. Sie schafft im Gegenteil die günstigsten Voraussetzungen für die Erstarkung der sozialistischen Länder und für die Entfaltung des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern...“

... gegenüber politischer Ahnungslosigkeit

Nach den hier wiedergegebenen Zitaten ist es klar, daß der MSB Spartakus mit seinem Kampf um hochschulpolitische Reformen – mögen auch seine Forderungen zum Teil plausibel erscheinen – in Wirklichkeit ganz andere, radikalpolitische, Ziele verfolgt. Die Tatsache, daß eine so große Zahl von Studenten an den hier wiedergegebenen Formulierungen offenbar keinen Anstoß nimmt, beweist ihre völlige politische Ahnungslosigkeit. Diese wird schlaglichtartig in einem vierseitigen Flugblatt dokumentiert, in dem der MSB Spartakus vor kurzem den Bonner Studenten erläuterte, aus welchem Grunde er zur Sprengung des Satzungskongress der Universität aufgerufen habe. Auf drei Seiten (DIN A4-Format!) werden die Studenten auf-

gerufen, ihre „demokratischen Rechte in Vorlesungen und Seminaren“ zu verteidigen. Die ganze vierte Seite ist gefüllt mit einem Leninkopf – unter der Überschrift: „54 Jahre Oktoberrevolution“. Der MSB Spartakus kann leider voraussetzen, daß die Symbolisierung des Kampfes für demokratische Rechte durch ein Leninbild bei einer großen Zahl von Studenten keineswegs mit Hohngelächter beantwortet wird, wie dies für jeden politisch Informierten selbstverständlich wäre.

Offensive eine Frage des Überlebens

Angesichts der Tatsache, daß eine Organisation mit dieser politischen Haltung an den deutschen Hochschulen in zunehmendem Maße an Macht und Einfluß gewinnt – mit allen Folgen, die oben angedeutet wurden –, ist es eine Existenzfrage für unsere freiheitsrechtsstaatlich-parlamentarische Demokratie, daß eine systematische Abwehraktion eingeleitet wird, die allerdings, wenn sie erfolgreich sein soll, nur offensiven Charakter haben kann. Tatsächlich erfolgt heute eine systematische, inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus überhaupt nicht mehr, nachdem infolge einer geschickten Propaganda der Begriff „Antikommunismus“ schon fast einen ehrenrührigen Beigeschmack hat. Wenn man, wie etwa im Falle der Münchener Kontroverse OB Vogel – Jusos, sich mit der Gefahr des Kommunismus auseinandersetzt, dann beschränkt man sich weitgehend auf allgemeine Hinweise auf die Gefährdung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Damit erzielt man aber bei einem großen Teil unserer studentischen Jugend keinerlei Eindruck mehr.

Die APO hat mit großem Erfolg die Meinung verbreitet, die moderne Industriegesellschaft verhindere die freie Selbstentfaltung des Menschen durch Manipulation, Repression und Konsumterror. Die Erziehung der Schulkinder, die Forschung und Lehre an den Hochschulen, die Rechtsprechung der Gerichte, die Gesetzgebung der Parlamente, die Verkündigung in

den Kirchen, die Berichterstattung von Massenmedien würden von Handlangern des Großkapitals nach dessen Weisung praktiziert. (Vergl. dazu Wulf Schönbohm: Die Thesen der APO; v. Hase & Koehler Verlag Mainz, 1969.) Die APO sah sich allerdings nicht in der Lage, konkrete Angaben zu machen, was denn an Stelle des angeblich so korrupten Systems treten solle. Der MSB Spartakus verkündet jetzt, mit Hilfe der Theorie von Marx, Engels und Lenin und dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ den richtigen Weg in die politische Zukunft zu wissen, der „auf einem Drittel des Erdballs, in den Ländern des sozialistischen Weltsystems“ bereits erfolgreich beschritten worden sei.

Antikommunismus auf gesellschaftspolitischer Ebene . . .

Angesichts des Eindrucks, den die kommunistischen und sonstigen linksradikalen Argumente gegen unser „spätkapitalistisches Gesellschaftssystem“ auf so viele junge Menschen machen, werden wir sehr viel systematischer als bisher wirksame Argumente zur aktiven offensiven Verteidigung unserer freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratischen Gesellschaftsordnung formulieren müssen. Wir werden viel konkreter, detaillierter und intensiver als bisher die positiven Seiten dieser unserer Ordnung deutlich machen und damit die Vorwürfe der Linksradikalen zurückweisen müssen. (Wir werden dabei auch zu zeigen haben, daß unerfreuliche Erscheinungen, die nicht gelegnet werden sollen, im Rahmen dieser Ordnung überwunden werden können – wobei allerdings die Vorstellung zurückgewiesen werden muß, daß es möglich wäre, eine völlig ideale Gesellschaftsordnung zu konstruieren.) Nicht zuletzt werden wir, nicht nur unter Hinweis auf die negative Entwicklung in den „sozialistischen“ Staaten, daran erinnern müssen, daß die Analysen und Prognosen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ sich als unhaltbar erwiesen haben und daß der Marxismus-Leninismus heute eher als eine reaktionäre denn als eine zukunftsweisende Lehre angesehen werden kann.

Das alles soll und darf uns aber nicht davon abhalten, außenpolitisch in realistischer Weise uns um eine Entspannung im Verhältnis zu den Staaten des kommunistischen Machtbereichs zu bemühen.

... als Konsequenz der „Friedlichen Koexistenz“

Der Einwand, daß durch eine antikommunistische Aktion die für den Weltfrieden so notwendigen Bemühungen um eine politische und militärische Entspannung gefährdet würden, ist nicht stichhaltig. In den Erklärungen Moskaus zur Frage der friedlichen Koexistenz, die wir in regelmäßigen Abständen bis in die jüngste Zeit immer wieder hören, wird in stereotypen Redewendungen betont, daß es eine Koexistenz auf ideologischem Gebiet nicht gebe. Die oben zitierte Formulierung aus der Grundsatz-erklärung des MSB Spartakus zur Frage der friedlichen Koexistenz gibt die Moskauer Auffassung exakt wieder. Diese besagt aber, daß Moskau bei allen Verhandlungen über politisch-militärische Entspannung das Ziel des politischen Umsturzes im Raum der Verhandlungspartner keineswegs aufgibt. Die logische Folgerung, welche die nichtkommunistischen Partner Moskaus aus dieser Auffassung von „friedlicher Koexistenz“ ziehen müssen, kann doch nur sein, daß auch sie den Kampf auf ideologischem Gebiet fortführen müssen. „Antikommunismus“ ist also eine selbstverständliche Konsequenz aus der kommunistischen Definition des Begriffs der „friedlichen Koexistenz“. Schließlich ist es bei den Bemühungen und politisch-militärische Entspannung ein anerkanntes Axiom, daß die militärische Sicherheit der Verhandlungspartner während der Bemühungen um Entspannung nicht gefährdet werden darf. Ein Zustand wirklicher Entspannung in der Welt – auf das Dringendste zu wünschen – kann nur verwirklicht werden, wenn der Kommunismus auf den ideologischen Angriff und auf seine Umsturzpläne verzichtet. Ob er das seiner Natur nach kann, soll hier nicht erörtert werden. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, aus welchem

Grunde die Verteidigung auf ideologischem Gebiet, die nur offensiv geführt werden kann – in der Bundesrepublik einseitig eingestellt werden soll – und das in einem Augenblick, in dem es dem Weltkommunismus gelungen ist, hier in der Gestalt des MSB Spartakus eine wirksame Angriffsbastion aufzubauen.

Publik ist tot

Paul Albert Engstfeld

„Da die Aufgaben der gesamten kirchlichen Presse am Wesensauftrag der Kirche, der Heilsverkündigung, teilhaben, kann nicht die wirtschaftliche Rentabilität ausschlaggebend sein, sondern die kirchliche Effizienz. Deshalb muß die Kirche diese Pressearbeit subventionieren, wenn dies erforderlich ist.“

(Dr. Ferdinand Oertel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse)

Der Tod von „Publik“ kam nicht einmal überraschend. Die Erfordernis eines 10-Millionen-Zuschusses für den Zeitraum bis zum 31. August 1973 war für die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Sitzung vom 15. November 1971 der letzte Anlaß, eine Publikation sterben zu lassen, deren unrühmliches Ende von jenen entschieden wurde, die den Start der Zeitschrift im Herbst 1967 initiiert hatten. Der Sinneswandel kostete der katholischen Kirche bisher 28 Millionen DM – ein Betrag, der sich im Vergleich zu anderen (auch publizistischen!) Kosten gering ausnimmt. Anstatt zu fragen, ob es sich die Kirche leisten könne, künftig „Publik“ nicht mehr zu subventionieren, wurden finanzielle Gründe vorgeschoben, die eine Einstellung der Zeitschrift erforderlich gemacht hätten. Dabei waren sich die für die Herausgabe Verantwortlichen von Anfang an darüber klar gewesen, daß das Erscheinen einer überregionalen katholischen Wochenzeitschrift mit anspruchsvollem Niveau ein finanzielles Risiko darstellte, da „Publik“ zu einem Zeitpunkt auf den Markt kam, als dieser bereits einer Sättigung zustrebte und der Zwang zur Konzentration immer stärker wurde. Der langfristige Erfolg konnte also ausschließlich durch die Ansiedlung in einer Marktlücke gesucht werden, verknüpft mit dem Versuch, der Zeitschrift eine Attraktion zu verleihen, die ihr einen sicheren Käuferstamm zuführte.

Das Publik-Konzept, neben umfassender Sachinformation aus den

wichtigsten öffentlichen Bereichen die Zeitschrift als Forum der kritischen Auseinandersetzung mit Tatsachen, Strömungen und Strukturen im politischen und kirchlichen Feld zu gestalten, kam beiden Erfolgsvoraussetzungen recht nahe. Dieses redaktionelle Konzept allerdings mußte folgerichtig zu Spannungen mit den Herausgebern in deren Eigenschaft als kirchliche Amtsträger führen, denen der „kritische Stachel“ bald zu schmerzen begann. Sicher ist, daß mancher von ihnen unter einer von der Kirche herausgegebenen Wochenzeitschrift sich eher ein auf höhere Ebene transponiertes konformistisches Bistumsblatt vorgestellt hatte als die von der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) „leicht linksliberal“ charakterisierte Redaktionslinie. Je stärker diese publizistische Ausrichtung durchaus beifällig in vielen verantwortlichen kirchlichen Kreisen – vor allem aber auch darüber hinaus – aufgenommen wurde, desto bewußter formierte sich die Opposition gegen eine weitere Unterstützung für „Publik“.

Es hat wohl eine Fülle von Gründen gegeben, warum die Gegner eines Weiterbestehens von „Publik“ sich letztlich mit ihrer Auffassung durchgesetzt haben. Drei Argumente allerdings erscheinen mir bemerkenswert.

„Publik“ ist am Leserpublikum vorbeigemacht worden

Aus einer Auflage von 94 000 Exemplaren diesen Schluß zu ziehen, ist zwar naheliegend, aber einseitig. Kritische Funktion und intellektuelle Substanz werden in ihrer Addition – wenigstens in absehbarer Zeit – noch nicht den Geschmack breiter Leserschichten

treffen und somit keine hohe Auflagenziffer garantieren können; zumal dann nicht, wenn eine derartige Publikation zum ungünstigen Zeitpunkt auf den Markt gelangt. Natürlich kann die Auffassung vertreten werden, daß Geschmackskonformität, die sich ja in der Auflagenziffer niederschlägt, ein höherwertiges Kriterium für eine kirchliche Publikation ist als Funktion und Substanz. Dann bleibt aber die Frage, ob die Kirche es sich erlauben kann, bestimmte Gruppen publizistisch nicht mehr anzusprechen, da sie zahlenmäßig unattraktiv sind.

„Publik“ war einseitig ausgerichtet

Wenn Pluralität in diesem Zusammenhang bedeutet, daß es die Aufgabe einer kirchlichen Publikation sei, die System- und Meinungskonformität der Amtskirche zu wahren und diese unreflektiert wiederzugeben, dann stimmt dieser Vorwurf der Einseitigkeit in dieser Ausrichtung sicher. Wenn Pluralität bedeutet, die Möglichkeit zur Infragestellung bestehender Strukturen und Meinungen, zur Kritik am „katholischen Milieu“ (Alois Schardt), zur publizistischen Darstellung auch der von den als gültig angesehenen Auffassungen abweichender Tendenzen und Ansichten, um so zur Meinungsbildung – vielleicht zu anderen Einsichten – beizutragen, dann trifft der Vorwurf der Einseitigkeit sicher hier ebenfalls zu. Es bleibt festzustellen, daß „Publik“ allerdings gerade durch diese „Einseitigkeit“ in der journalistischen Ausrichtung die innerhalb der Kirche zweifellos vorhandene Pluralität der Meinungen öffentlich zur Darstellung gebracht hat. Es stimmt doch einfach nicht mehr, daß die katholische Kirche – wie von Amtsträgern oft immer noch behauptet und in offiziellen kirchlichen Blättern verbreitet wird – ein monolithischer Block in Bezug auf theologische und gesellschaftspolitische Interpretation der Schrift ist. Die aus diesem zwischen Anspruch und Wirklichkeit resultierenden Spannungen offenbar werden zu lassen, sie öffentlich darzustellen und damit zu einer zweifellos fruchtbaren Diskussion in Kirche und Gesellschaft über die Kirche

beizutragen, dies war zweifellos das große Verdienst von „Publik“. Daß für eine derartige journalistische Aufgabe nur ein begrenzter Leserstamm gewonnen werden konnte ist eher ein Argument gegen die Einstellung des katholischen Leserpublikums als gegen das „Publik“-Konzept. Die Chance zum Dialog auf breiter Ebene jedenfalls wurde durch den Beschluß der Bischofskonferenz vertan.

„Publik“ kostet zuviel

Die für das Erscheinen bisher aufgewandte Summe belief sich auf 28 Mill. DM. Notwendiger Zuschußbedarf für die Weiterführung der Arbeit: 10 Mill. DM plus jährlich 6 Mill. DM. Es wurde argumentiert, daß sich dieser Betrag sinnvoller zur Unterstützung der übrigen kirchlichen Publizistik verwenden lasse.

Einmal von der Relation zu anderen Ausgabenbereichen ganz abgesehen, stellt sich doch die Frage, ob dieser Betrag auch nur annähernd ausreicht, die Konzeptionslosigkeit der katholischen Pressearbeit zu beseitigen, in deren Rahmen z. Z. 430 Publikationen erscheinen, so daß neben einem immer noch nicht vorhandenen Medienkonzept auch noch die Zersplitterung erschwerend hinzukommt. Auch wird wohl niemand an der Tatsache vorübergehen können, daß die vorbildliche Aufmachung von „Publik“ Anlaß zum Überdenken der publizistischen Möglichkeiten der Kirchenpresse war.



Die Ziele der Union

Ernst Müller-Hermann

Zur Einleitung der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Inneren Reformen stellte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung, Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB, noch einmal klar heraus, daß wesentliche Unterschiede in den politischen Vorstellungen zwischen den Unionsparteien und den Sozialdemokraten bestehen.

Wir in der Union wollen ganz bewußt und sehr zielstrebig mehr Eigenverantwortung, mehr Selbstentfaltung, mehr Selbstvorsorge des Bürgers, mehr Selbstverwaltung, mehr Ansporn für die eigene Anstrengung. Unsere Alternativen in den Fragen der Gesellschaftspolitik sind durchweg von dieser Grundeinstellung getragen, gleichgültig, ob es sich um Bildungspolitik, Gesundheitsvorsorge, Steuerpolitik, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, Städtebau und Mietgesetzgebung und nicht zuletzt um die Vermögensbildung handelt.

— Ihre Art von Bildungspolitik läuft darauf hinaus, über die übliche Demokratisierung eine Nivellierung unserer Leistungsgesellschaft zu erreichen. Das treffendste Beispiel ist die Universität in Berlin. Selbstverständlich sind wir für eine Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. Aber: nicht Nivellierung, sondern Verbesserung der Bildungschancen für den einzelnen ist unsere Maxime. Der Verfall des Leistungsprinzips im Bildungs- und Hochschulbereich verbaut uns Wachstum und Fortschritt für die Zukunft.

— Unsere Motive der Besteuerung des Bürgers sind fundamental andere als die Ihren. Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen keine Gleichmacherei. Nicht, weil wir einzelnen in unserer Gesellschaft besondere Privilegien einräumen möchten, sondern weil wir Leistung, Erfolg und unternehmerische Initiative als Motor unserer Gesellschaft erhalten wissen wollen.

— Unsere Vorstellungen von einem modernen Krankenhaus

unterscheiden sich ebenfalls grundlegend von dem Konzept der Bundesregierung. Das von unserer Fraktion vorgelegte Konzept zur Krankenhausreform stellt den einzelnen Patienten in den Mittelpunkt. Das Modell aus den Reihen der SPD für ein „klassenloses Krankenhaus“ mit seinem zwangsläufigen unpersönlichen Massenbetrieb, in dem der Mensch nach Schema-F behandelt wird, erfüllt nicht die Anforderung nach einer menschenwürdigen Behandlung.

— Die Vorstellungen der Regierungsparteien zur Betriebsverfassung und Mitbestimmung laufen hinaus auf eine klare Benachteiligung der einzelnen Arbeitnehmer, die Desavouierung der leitenden Angestellten, die undemokratische Einschränkung der Wirkungsmöglichkeit demokratischer Gruppen und Minderheiten, auf eine nicht funktionsgerechte Fremdbestimmung durch außenstehende Dritte zu Lasten des Grundsatzes der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Unsere Änderungsvorschläge sollten auch hier die individuelle Freiheit und die berechtigten Interessen des einzelnen Arbeitnehmers berücksichtigen, sie fielen der Abstimmungs Guillotine zum Opfer.

— Unsere Vorstellungen, wie man das Problem des Mietanstiegs und des Städtebaus löst, sind eben auch anderer Natur als Ihre Überlegungen. Wir wollen — und fühlen uns hierbei durch die praktische Erfahrung bestätigt — durch die Initiative aller, des Staates und der Bürger, das Problem in den Griff bekommen. Sie versuchen allein mit der Macht des Staates, d. h. mit Richtlinien und Verboten der Probleme Herr zu werden.

Schließlich geschieht auch unser Drängen nach Stabilität nicht um seiner selbst willen. Inflationäre Tendenzen zerstören vielmehr die materielle Basis der Eigenvorsorge, der Eigenverantwortung und zwingen die Menschen immer mehr in kollektive Sicherungssysteme. Für Individualität bleibt da auf die Dauer kein Raum mehr.

Inflation bei Ihnen — Stabilität bei uns. Das ist nicht nur eine Frage richtiger oder falscher Konjunkturpolitik, sondern auch eine ganz entscheidende Frage gesellschaftspolitischen Willens.

— Am deutlichsten wird der Unterschied im Grundsatz beim Thema Vermögensbildung. Offen-

bar doch bedauert das ganze Haus, daß wir bisher auf diesem Gebiet nicht mehr erreicht haben. Aber gerade nachdem es in den Aufbaujahren gelungen ist, die Voraussetzungen für eine solide, d. h. auch die Leistungskraft der Wirtschaft berücksichtigende Vermögensbildung auszuweiten, sollten wir nun gemeinsam vorwärtsdrängen. Seit über einem Jahr liegen unser Beteiligungslohngesetz und unser Gesetz zur weiteren Privatisierung von Bundesvermögen dem Bundestag vor, blockiert von den Koalitionsfraktionen. Der Reformwille wird nicht gerade unter Beweis gestellt, wenn der außerordentliche Parteitag der SPD dieses Thema vertagt und wir aus dem Munde maßgeblicher SPD-Sprecher hören müssen, öffentliche Investitionen seien wichtiger als die Vermögensbildung. Diese Alternative ist falsch gestellt. Die Vermögensbildung hat neben dem gesellschaftspolitischen Aspekt auch ihre Bedeutung für den Kapitalbildungsprozeß. Denn die privaten wie die öffentlichen Investitionen, die der Garant unserer Zukunft und des zukünftigen Wachstums sind, setzen Spar-, das heißt Kapitalbildung voraus. Der damit verbundene Konsumverzicht erhält sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft erst auf diese Weise seinen Sinn.

Der Sachverständigenrat hat erneut betont, daß der übermäßig angeheizte Verteilungskampf stets zu Lasten der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, der Rentner, der Sparer, der kinderreichen Familien und der öffentlichen Hände geht. Gerade wenn man weiß, daß sich bei dem erreichten allgemeinen Lebensstandard eine Steigerung des privaten Wohlstandes eben nicht mehr alleine im Portemonnaie des einzelnen ausdrückt, sondern auch in der Vorkhaltung vermehrter öffentlicher Dienstleistungen, dann muß man auch wissen, daß die staatlichen Investitionen bei dieser Art von Überforderungspolitik immer zu kurz kommen. Die Steuererhöhungen, mit denen Sie den Ausgleich

zu Gunsten der öffentlichen Hände herzustellen versuchen, reichen gerade aus, um die Löcher zu stopfen, die durch die Preissteigerungen aufgerissen sind. Gleichzeitig aber wirken Steuererhöhungen wiederum als Argument für weitere Überforderung: eine Schraube ohne Ende.

Der Staat wird nach unserer Auffassung den ihm zustehenden Anteil am Bruttosozialprodukt nur dann erhalten und ausbauen können, wenn die übrigen Gruppen Vernunft walten lassen, d. h. im Verteilungskampf auch dem Staat geben, was des Staates sein muß. Dies setzt jedoch voraus, daß der Staat sein Gebaren selbst an Solidarität und Stabilität ausrichtet. Nur so kann er den Tarifpartnern Vorbild sein und so kann er glaubwürdig argumentieren.

Es ist höchste Zeit, daß an die Stelle der emotional gefärbten Schönfärberei wieder mehr rationale Politik tritt. Das aber heißt nach Meinung der CDU/CSU: Solidarität ist das oberste Gebot der Stunde. Dazu gehören eine Politik des richtigen Augenmaßes und eine nüchterne Bestandsaufnahme, die allen öffentlichen Haushalten und allen Gruppen unserer Gesellschaft die Einsicht in die Notwendigkeiten vermitteln müßte. Nur so wird anstelle der ständigen Überforderung wieder volkswirtschaftliche Vernunft treten.



Kurz notiert

Deutscher Evangelischer Kirchentag 1973 in Düsseldorf

Die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland hat auf ihrer Sitzung am Donnerstag, 2. Dezember, beschlossen, den Deutschen Evangelischen Kirchentag für seine nächste Großveranstaltung im Sommer 1973 nach Düsseldorf einzuladen. Als Losung dieses 15. Deutschen Evangelischen Kirchentages ist das Motto „Nicht vom Brot allein“ im Gespräch. Der genaue Zeitpunkt der Veranstaltung steht

noch nicht fest. In einer ersten Stellungnahme zur Einladung der rheinischen Kirche sagte Kirchentags-Generalsekretär Dr. Hans-Hermann Walz (Fulda) dem Evangelischen Pressedienst auf Anfrage: „Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach mit großer Freude nach Düsseldorf gehen.“ Die Entscheidung habe jedoch das Kirchentags-Präsidium zu treffen, das in den nächsten Tagen darüber beraten werde. Er, Walz, sehe „keine Komplikationen“. Nach Auffassung des Generalsekretärs würde die Abhaltung der Großveranstaltung in Düsseldorf „ein Gewinn sowohl für den Kirchentag als auch für die rheinische Kirche sein“.

Wechsel im Vorsitz der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung

Der aus Landshut stammende Jurist Dr. Roman Herzog (37), Professor für Staatslehre und Politik an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, ist vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zum neuen Vorsitzenden der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung berufen worden. Er löst in diesem Amt Prof. D. Dr. Ludwig Raiser (Tübingen) ab, der schon vor über einem Jahr um Entlastung gebeten hatte, nachdem er Präses der EKD-Synode geworden war. Gleichzeitig trat auch im stellvertretenden Vorsitz der Kammer ein Wechsel ein. Er liegt jetzt bei Kirchenrat Benjamin Locher (Düsseldorf), weil Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker von dieser Aufgabe wegen seiner Mitgliedschaft im Rat EKD entbunden werden wollte. Die Kammer für öffentliche Verantwortung ist eines der wichtigsten Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zu ihren am stärksten beachteten Stellungnahmen gehört die sogenannte Ost-Denkschrift vom Herbst 1965. Geschäftsführer ist Oberkirchenrat Erwin Wilkens (Hannover).

Prof. Herzog, gegenwärtig Rektor der Hochschule in Speyer, gilt als Fachmann auf dem Gebiete des Rundfunkrechts. Er ist ferner als Mitautor des Grundgesetz-Kommentars der Professoren Theodor Maunz und Günter Dürig bekannt geworden. Der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung gehört Herzog seit zwei Jahren an.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

Betreuung der Gastarbeiter / Nigger unserer Gesellschaft, Nr. 9/1971 der Evangelischen Verantwortung

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß Gastarbeiter in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht ihren deutschen Kollegen gleichgesetzt sind. Das beginnt bei den tarifrechtlichen Ansprüchen aus dem Arbeitsvertrag, die gesetzliche Unfallversicherung, setzt sich fort über den Kindergeldanspruch auch für die im Heimatland zurückgelassenen Kinder und endet bei den Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Nicht unbekannt dürfte sein, daß alle Gastarbeiter für die Wahlen zum Betriebsrat das aktive und – soweit sie Staatsbürger eines EWG-Landes sind – auch das passive Wahlrecht haben.

So gesehen ist die abwertende Bezeichnung des von mir im übrigen sehr geschätzten Kollegen Blüm für unsere ausländischen Kollegen als „Nigger“ nicht recht verständlich. Nigger kann also oft nur sein, wer Nigger sein will!

Die Lage der fremdsprachigen Gastarbeiter ist in etwa vergleichbar mit dem Los der Gastarbeiter deutscher Staatsangehörigkeit (Flüchtlinge, Vertriebene; wozu ich auch gehörte) vor über 20 Jahren. Heute gilt noch mehr als damals der Grundsatz des „Audiatur et altera pars!“ Auf die Gesellschaftsordnung des Herkunftslandes unserer Kollegen hatten und haben wir keinen Einfluß. Nicht auf das antiquierte Ehe- und Familienrecht der Mittelmeerstaaten, nicht auf den Bildungsrückstand und den demokratischen Nachholbedarf der rechts- oder linksradikal regierten Länder. Die Versäumnisse der Herkunftsländer können nicht von uns Deutschen im Eilverfahren nachgeholt werden. Geradezu wehren müssen wir uns dagegen, wenn politische Meinungsverschiedenheiten oder Stammesfehden unserer Gäste auf deutschem Boden ausgetragen werden sollen. Gerade hier erkennen wir, wie unfähig wir sind, auf die charakterlichen Eigenschaften oder leidenschaftlicheren Temperamente unserer Mitmenschen Einfluß nehmen zu können.

Dennoch ist die Frage des „warum in die Ferne schweifen...“ richtig und notwendig. Hier würde ich der offiziellen evangelischen Kirche, der ich nach Kirchensteuerpflicht und Taufe angehöre, dringend empfehlen, von der Fernstenliebe wieder zur Nächstenliebe zurückzukehren. Die spektakuläre Antirassismus-Diskussion in einigen Landeskirchen mit ihrem penetranten Polit-Moralismus ist vielleicht der Grund manchen Kirchenaustritts gewesen. Die Treuen und Duldsamen stellen aber nach wie vor die Frage, ob wir im eigenen Lande nicht Nöte und Probleme genug haben, die der Hilfe und Sorge – mehr noch! – der Liebe bedürfen.

Der Nächste ist der, der unserer Hilfe und Liebe am dringendsten bedarf – wer wollte daran zweifeln, daß das gerade auch unsere fremdsprachigen Mitarbeiter in den Betrieben sind.

Bruno Geleszus, Lövenich/Köln

Zum selben Problem ...

Ich selber komme in meinem Beruf sehr viel mit Gastarbeitern zusammen. Ich bin hier in den Städt. Krankenanstalten als Krankenpfleger tätig. Meine Meinung zu dem ganzen Thema Gastarbeiter lautet, es ist von Anfang an sehr viel versäumt worden. Es waren überhaupt nicht die Voraussetzungen da, um diese Arbeiter als Gäste zu empfangen! Obwohl ich so gut wie in allem die Politik der CDU/CSU begrüße, hier in diesem Punkt kann ich die früheren Bundesregierungen nicht ganz von ihrer Schuld an dem jetzigen Chaos freisprechen.

Es war vom ersten Tag an kein Wohnraum für unsere Gäste vorhanden. Wir Deutsche selbst hatten und haben auch jetzt noch nicht genug davon. In dieser Situation wollen wir über zwei Millionen Gäste mit ihren Angehörigen beherbergen? Noch heute leben unsere sogenannten Gäste unter den unwürdigsten Verhältnissen. Die großen Betriebe stellen Baracken hin und stecken hier ihre Arbeiter auf kleinsten Raum zusammen. Daß es dadurch sehr oft zu Streitereien, die manchmal zu Mordversuchen ausarten, kommt, ist nur zu verständlich. Dann kön-

Die

„Evangelische Verantwortung“

wünscht ihren Lesern

ein gesegnetes Weihnachtsfest

und für 1972

Glück, Zufriedenheit

und persönliches Wohlergehen

nen diese Gäste kaum ein Wort von der deutschen Sprache. Aber hat man hier schon versucht Abhilfe zu schaffen, in dem man deutsche Sprachkurse eingerichtet hat? Von unseren Gästen wird auch mal einer krank, denn sie sind ja genau so Menschen, wie wir. Nun kommt so ein Gast ins Krankenhaus, kann kein Wort deutsch. Wie soll da ein Mensch herausbekommen, was dem Patienten fehlt. Südländer sind bekanntlich sehr wehleidig, eine kleine Magenverstimmung kann nach ihren Gebärden als eine Gastritis, eine Magenperforation oder gar als Appendicitis gewertet werden. Erst viele Untersuchungen und große ärztliche Kunst sind erforderlich, um die richtige Diagnose stellen zu können. An Dolmetscher hat man für die Krankenhäuser gleich zu Beginn auch nicht gedacht. Dem Krankenhausträger kann nicht zugemutet werden, auch noch die Kosten hierfür aufzubringen. Die Folge ist, Dolmetscher gibt es nicht. Dagegen wäre es so wichtig, tags und nachts Männer oder Frauen zur Verfügung zu haben, die hier schnellstens übersetzen helfen. Oft ist es lebensnotwendig, wie schon oben geschildert, wo der Patient Schmerzen hat zu erfahren.

Selbst bei der Visite ist es häufig wichtig, dem Patienten die Anordnungen des Arztes sofort verständlich zu machen. Noch ein Problem stellt sich in den großen Häusern über 500 Betten etwa. Ich meine das Essen. Unsere Gäste, die nun ebenso wie ihre Gastgeber Patient sind, bekommen auch wie diese das gleiche Essen. Andere Länder, andere Speisen. Soll man nun aber für den Türken, der meistens dem Islam angehört, kein Schweinefleisch ißt, ein anderes Essen kochen, als etwa dem Griechen oder Spanier. Dies alles sind Sorgen, die oft zu Streitigkeiten führen zwischen Arzt und Pflegepersonal auf der einen Seite und dem ausländischen Patienten. Ganz zu schweigen davon, daß sich mit einem gewissen Recht auch die deutschen Patienten aufregen und verlangen, daß der Türke, Grieche, Italiener oder Spanier das gleiche zu essen habe, wie sie.

Dies sind nur einige Punkte, die mich und viele deutsche Mitbürger beschäftigen. Hier gilt es schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Es müssen genügend Wohnungen für Gäste und Gastgeber da sein, sonst dürfen wir eben keine Gäste zu uns holen! Es müssen schnellstens deutsche Sprachkurse eingerichtet werden, an denen jeder Gastarbeiter teilzunehmen hat. Möglichst sollte schon die deutsche Sprache in den Heimatländern erlernt werden. In diesem Fall ist dann mein nächster Vorschlag hinfällig, ich meine den Dolmetscher. Da nun aber viele Gäste der deutschen Sprache nicht mächtig sind, brauchen wir den Dolmetscher auch außerhalb der großen Betriebe, besonders in unseren großen Krankenhäusern!

Für alle diese Aufgaben scheint mir neben der Bundesregierung und dem Bundestag, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, Nürnberg, als die federführende Instanz die richtige zu sein.

Es eilt, wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Wir haben uns die Gäste selber hereingeholt, damit sie uns helfen unsere Wirtschaft in Schwung zu halten. Also müssen wir sie auch anständig behandeln und versuchen ein gutes Verhältnis zwischen Gast und Gastgeber herzustellen. Wenn nicht genügend Wohnraum vorhanden ist, dann dürfen wir uns auch keine Gäste holen, dann lieber die Wirtschaft etwas bremsen und unsere Mitbürger haben erst einmal eine menschenwürdige Wohnung.

Somit bin ich wieder am Anfang meines Schreibens angelangt und möchte damit schließen, daß ich der Hoffnung Ausdruck gebe, diese Zeilen nicht ganz umsonst geschrieben zu haben. Auch die CDU/CSU kann in ihrer augenblicklichen Stellung als Opposition hier sehr viel tun. Ich bin gerne bereit in meinem Beruf mein Teil dazu beizutragen.

Klaus Peter Wittmann, Nürnberg

Unsere Autoren

Pfarrer Eberhard Stammer
7 Stuttgart 71
Isegrimweg 3 B

Günter Triesch
5201 Seligenthal ü. Siegb.
Auf dem Berg

Dr. Waldemar Wünsche
53 Bonn-Holzlar
Ennertstraße 4

Paul-Albert Engstfeld
401 Hilden
Heiligenstraße 82

Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB
53 Bonn
Bundeshaus

